

Unser Versprechen an Europa einhalten:

Die Bilanz der Kommission von der Leyen

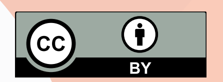
Unser Versprechen an Europa einhalten: Die Bilanz der Kommission von der Leyen

Europäische Kommission
Generaldirektion Kommunikation
1049 Brüssel
BELGIEN

Print	ISBN 978-92-68-12914-2	doi:10.2775/317585	NA-05-24-113-DE-C
PDF	ISBN 978-92-68-12888-6	doi:10.2775/949580	NA-05-24-113-DE-N

Die Kommission haftet nicht für die Folgen, die sich aus der Weiterverwendung dieser Veröffentlichung ergeben.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2024



Inhalt

Als die Kommission von der Leyen im Dezember 2019 angetreten ist, haben wir Europa ein Versprechen gegeben: mutig zu sein und unsere Ziele hoch zu stecken. Wir haben uns verpflichtetet, uns an den Erwartungen der EU-Bürgerinnen und -Bürger auszurichten und uns den aktuellen Herausforderungen zu stellen. Seitdem ist diese Kommission unermüdlich im Einsatz, um den Auftrag zu erfüllen, mit dem die Europäerinnen und Europäer sie betraut haben.

Und wir haben Wort gehalten. Wir haben die sechs Prioritäten im Blick behalten, die wir uns zu Beginn unseres Mandats gesetzt hatten, und gleichzeitig einige der größten Krisen gemeistert, denen sich Europa jemals stellen musste.

Von der Bewältigung einer globalen Pandemie bis zu klimawandelbedingten Extremwetter-Ereignissen. Von der geschlossenen Reaktion auf Russlands brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine bis zur Bewältigung der schlimmsten Energiekrise seit Jahrzehnten. Wir haben die Ärmel hochgekrempelt und haben diese historischen Herausforderungen mutig angepackt. Trotz der enormen Zahl von Krisen hat es diese Kommission geschafft, nach vorne zu blicken und erfolgreich große Herausforderungen anzugehen, die insbesondere künftige Generationen von Europäerinnen und Europäern betreffen. Und wir haben gezeigt, dass unsere Union immer dann am stärksten ist, wenn sie sich mutig zeigt.

Das ist die Bilanz der Kommission von der Leyen.



Krisen entschlossen angehen

Bewältigung der Pandemie

Als die Welt von der schlimmsten Pandemie unserer Generation heimgesucht wurde, **hat die Kommission Verantwortung übernommen, um Menschenleben, Lebensgrundlagen und unsere Wirtschaft zu schützen**.

Wir haben die Forschung unterstützt und in Rekordzeit lebensrettende Impfstoffe bereitgestellt. Wir haben dafür gesorgt, dass alle Europäerinnen und Europäer gleichzeitig Zugang zu Impfstoffen erhielten, egal in welchem Mitgliedstaat sie lebten. Wir haben im Namen der Mitgliedstaaten bis zu **4,6 Milliarden Impfdosen** gesichert, um unsere Bevölkerung zu schützen, aber auch, um die Impfstoffe mit Partnerländern zu teilen. **Mehr als 80 % der Erwachsenen in der EU haben mindestens die erste Impfung erhalten.**

Als die Impfung den Ländern eine vorsichtige Wiederöffnung ihrer Grenzen erlaubte, haben wir praktische Tools für sicheres Reisen entwickelt. **Wir haben ein digitales COVID-Zertifikat eingeführt**, das von 78 Ländern und Gebieten genutzt wurde. Inzwischen ist es ein Modell für ein globales System geworden, das Mobilität erleichtert und Menschen weltweit vor Pandemien schützt.

Als die Schließung von Unternehmen und der Abbau von Arbeitsplätzen durch die Ausgangsbeschränkungen drohten, haben wir ein Instrument zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage (SURE) entwickelt. Im Jahr 2020 hat es **2,5 Millionen Unternehmen über Wasser gehalten** und **31,5 Millionen Arbeitsplätze gesichert** und eine massive wirtschaftliche und soziale Krise abgewendet. Und als die Grenzen geschlossen waren und Güter auf den Straßen feststeckten, haben wir **„Green Lanes" geöffnet, um den Warenverkehr im Binnenmarkt zu erleichtern und Engpässe bei grundlegenden Gütern zu verhindern**.

WICHTIGSTE ERFOLGE



Die Kommission half, **die Entwicklung wirksamer Impfstoffe zu finanzieren**, indem sie den Pharmakonzernen **zusicherte, später bei den bei der Impfstoffentwicklung erfolgreichen Firmen zu kaufen**.

Von der Annahme der EU-Impfstoffstrategie bis zur Lieferung der ersten COVID-19-Impfstoffchargen an die Mitgliedstaaten vergingen nur sechs Monate.





Nur **15 Wochen** nach dem Vorschlag der Kommission stand das **digitale EU-COVID-Zertifikat** den Bürgerinnen und Bürgern aller Mitgliedstaaten zur Verfügung, **um sichereres Reisen für alle leichter zu machen**.

Bis zum Sommer 2023 **wurden 2,2 Milliarden dieser digitalen Zertifikate ausgestellt** – und die Europäerinnen und Europäer konnten unbeschwerter reisen. 78 Länder und Gebiete wurden an das **EU-Gateway** angeschlossen: Dieses ermöglichte es den Behörden, digitale Zertifikate auf eine sichere und die Privatsphäre wahrende Weise zu überprüfen.



Boyana aus Bulgarien arbeitete nach ihrer medizinischen Ausbildung zunächst als Journalistin, kehrte während der COVID-19-Pandemie aber zur Medizin zurück und arbeitete als Krankenschwester an vorderster Front mit. 2023 ließ sie sich als Rettungssanitäterin für **die neuen Notfallmedizin-Hubschrauber des Landes ausbilden, die mit EU-Mitteln und mit Unterstützung von NextGenerationEU gekauft worden waren**. Gerade erwartet sie ihr erstes Kind, freut sich aber schon jetzt darauf, bald Mitglied der Hubschrauber-Besatzung zu werden.

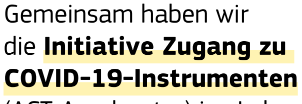

© Vihren Georgiev, 2023

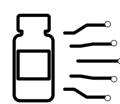
Team Europa (EU-Institutionen und -Mitgliedstaaten) **mobilisierte 53,7 Mrd. EUR, um Partnerländer dabei zu unterstützen**, die akute Gesundheitskrise zu bewältigen, ihre Gesundheitssysteme auszubauen und die sozioökonomischen Konsequenzen abzufedern.


© Adobe Stock

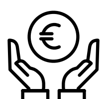


Gemeinsam haben wir die **Initiative Zugang zu COVID-19-Instrumenten** (ACT-Accelerator) ins Leben gerufen, um so weltweit die Entwicklung und den gleichberechtigten Zugang zu COVID-19-Impfstoffen und -Behandlungen zu fördern.





Herzstück der Initiative war **COVAX – eine multilaterale Anstrengung, um Entwicklungsländer mit Impfstoffen zu versorgen**. Als Team Europa sind wir der größte Geber von COVID-19-Impfstoffen über COVAX.



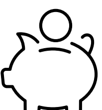
Wir haben **in beispielloser Weise Hilfe geleistet**, damit die Europäerinnen und Europäer **die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen** der Pandemie bewältigen konnten.

Mit SURE, unserem Instrument zur Finanzierung von Kurzarbeitsregelungen in der gesamten EU, wurden 2020 **rund 31,5 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Selbstständige sowie über 2,5 Millionen Unternehmen unterstützt**. Dies entsprach **fast einem Drittel aller Erwerbstätigen und mehr als einem Viertel der Unternehmen** in den begünstigten Mitgliedstaaten. Weitere **9 Millionen Menschen** und mehr als **900 000 Unternehmen** erhielten im Jahr 2021 Unterstützung. Insgesamt **wurden im Rahmen von SURE 98,4 Mrd. EUR Finanzhilfe an 19 Mitgliedstaaten ausgezahlt**.

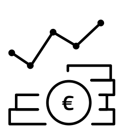
SURE

- **98,4 Mrd. EUR** an Finanzhilfen an 19 Mitgliedstaaten ausgezahlt.
- Unterstützung von **31,5 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** und **Selbstständigen** und **über 2,5 Mio. Unternehmen** im Jahr 2020.





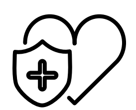
Dank der hohen Bonitätseinstufung der EU konnten die Mitgliedstaaten mit **SURE** auch Zinszahlungen in Höhe von geschätzten **9 Mrd. EUR** einsparen.



Die **Arbeitsplatzsicherung** hat den **raschen wirtschaftlichen Aufschwung im Jahr 2021 erleichtert**.



Die Kommission hat die **Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise und die Investitionsinitiative Plus zur Bewältigung der Coronavirus-Krise (CRII und CRII+)** vorgelegt. Diese Instrumente **halfen den Mitgliedstaaten beim Kauf medizinischer Ausrüstung, der Bezahlung von Fachkräften im Gesundheitswesen und der Unterstützung von Beschäftigten und kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)**, indem sie Ausgaben im Zusammenhang mit COVID-19 im Rahmen der Kohäsionspolitik förderfähig machten und diese Förderfähigkeit rückwirkend ermöglichten.



Mit Blick auf die Zukunft haben wir mit dem Aufbau einer **Europäischen Gesundheitsunion begonnen, um gemeinsam für den Fall von Gesundheitskrisen vorzusorgen und reagieren zu können**. Wir sorgen dafür, dass medizinisches Material verfügbar und erschwinglich ist und dass die Mitgliedstaaten für eine verbesserte Prävention, bessere Behandlung und Nachsorge bei allen Arten von Krankheiten zusammenarbeiten, insbesondere bei **Krebs** – dank des **europäischen Plans zur Krebsbekämpfung**.

Europas Aufschwung energisch voranbringen



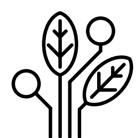
Während Europäerinnen und Europäer alle gleichzeitig mit Impfstoffen versorgt wurden, **haben wir darauf hingearbeitet, dass sich die Volkswirtschaften aller Mitgliedstaaten – und insbesondere derer, die am schwersten getroffen wurden – rasch erholen konnten**. In einer Zeit, in der wir mit **der tiefsten Rezession** seit dem Zweiten Weltkrieg **konfrontiert waren**, haben wir **die kräftigste Erholung** seit dem Nachkriegs-Boom **bewerkstelligt**. Diese Erholung wurde möglich, weil wir einen mutigen neuen Plan entwickelt haben, um auf den Finanzmärkten Geld zu beschaffen und in Europas Erholung und künftige Resilienz zu investieren.

NextGenerationEU hat das Vertrauen unserer Wirtschaft gestärkt. Mit einem Volumen von mehr als **800 Mrd. EUR** bringt es unsere Volkswirtschaften mit einer Kombination von Investitionen und Reformen voran. Hunderte aus NextGenerationEU finanzierte Projekte **liefern bereits jetzt greifbare Ergebnisse für die Europäerinnen und Europäer**: von Offshore-Windparks bis zu Zügen mit Elektroantrieb, von erstklassigen digitalen öffentlichen Diensten bis zu Krankenhäusern der Spitzenklasse. Gleichzeitig nutzen die EU-Mitgliedstaaten NextGenerationEU strategisch, um tiefgreifende Reformen wie Arbeitsmarktreformen, Rentenreformen und beschleunigte Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien einzuführen. So stärkt unsere Union den Wohlstand in ganz Europa.

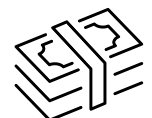


Die **Koralmbahn**, eine neue 130 Kilometer lange Bahnlinie zwischen den **österreichischen Städten** Graz und Klagenfurt, **verkürzt die Reisezeit von drei Stunden auf 45 Minuten**. Mit **Investitionen in Höhe von 543 Mio. EUR aus NextGenerationEU schafft** das Projekt spürbare Vorteile für die 1,1 Millionen Menschen in der Region.

WICHTIGSTE ERFOLGE



Bei NextGenerationEU liegt der Fokus auf dem **sauberen und digitalen Wandel**. Zahlungen an die Mitgliedstaaten sind an messbare, kontinuierliche Fortschritte geknüpft, was die Behörden motiviert, die Reformen und Investitionen auf den Weg zu bringen, zu denen sie sich verpflichtet haben.



Mit Stand Februar 2024 haben wir mit NextGenerationEU **fast 225 Mrd. EUR ausgezahlt**, um nach der Pandemie Europas wirtschaftliche Erholung in Gang zu setzen und die soziale und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der Union zu erhöhen.



Die ambitionierten Finanzierungsziele für Klimaschutz (37 %) und digitale Maßnahmen (20 %) wurden deutlich übertroffen – **40 % der Mittel werden für den Klimaschutz und 26 % für digitale Maßnahmen ausgegeben**. 45 % der Mittel werden für Sozial- und Kohäsionsmaßnahmen verwendet.

5,8 Millionen
Menschen

in der EU haben von Schutzmaßnahmen gegen klimabedingte Katastrophen profitiert

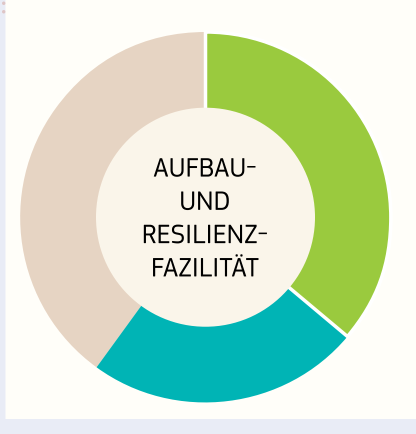
Durch die Investitionen in den Klimaschutz im Rahmen von NextGenerationEU haben **5,8 Millionen Menschen in der EU von Maßnahmen zum Schutz vor klimabedingten Katastrophen profitiert**, zugleich wurden beim Energieverbrauch 22 Millionen Megawattstunden eingespart.



Mehr als
800 **Mrd. EUR**
über NextGenerationEU



In **Frankreich** finanzierte **NextGenerationEU** die energieeffiziente Renovierung von 20 000 Sozialwohnungen. In **Spanien** wurden mehr als 60 Unternehmen bei Forschung und Innovation im Bereich nachhaltige Mobilität unterstützt.



Aufbau- und Resilienzfazilität:
Beitrag zu unseren Klima- und Digitalzielen

40 % der Ausgaben für Investitionen und Reformen im Bereich **KLIMA**

26 % der Ausgaben zur Förderung des Wandels im Bereich **DIGITALES**



Zudem stellen wir auch **Finanzmittel für nationale Projekte zur Eindämmung des Klimawandels bereit**. So beinhaltet der **griechische Wiederaufbauplan** Maßnahmen, um den Katastrophenschutz zu intensivieren, das Eingreifen bei Waldbränden und Überschwemmungen zu verbessern und die Verkehrsinfrastruktur klimaresistent zu gestalten.



Der **slowenische Aufbauplan** enthält **Maßnahmen zum Schutz vor Überschwemmungen**. Nach den Sturzfluten vom August 2023 haben wir eine Taskforce aus Vertreterinnen und Vertretern der Kommission und Sloweniens eingesetzt, um zu prüfen, wie betroffene Gebiete mit vorhandenen EU-Mitteln besser unterstützt werden können.



Im Rahmen von NextGenerationEU **haben fast 18 Millionen Haushalte in der EU Hochgeschwindigkeits-Internet erhalten, und 247 Millionen Nutzerinnen und Nutzer haben von neuen oder verbesserten öffentlichen digitalen Diensten profitiert**.



Im Zuge der NextGenerationEU-Reformen **haben die Mitgliedstaaten auch unnötigen Verwaltungsaufwand verringert und ihr Unternehmensumfeld verbessert**. Italien beispielsweise hat mehrere Reformen eingeleitet, um die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern – so verkürzte das Land die Frist für die Gründung eines Unternehmens auf vier Tage.



Europäische Unternehmen ergreifen die Chancen, die NextGenerationEU ihnen bietet. In einer wahrhaft europäischen Partnerschaft liefern die schwedische Elekta und Philips aus den Niederlanden Schlüsselkomponenten für die Installation eines **Magnetresonanz-Linearbeschleunigers zur Krebsbehandlung** in Malta, eines von rund 100 derartigen Geräten weltweit.

Eine entschlossene Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine

Als die russischen Panzer die Grenze überquerten, **hat sich die Union entschlossen und einig hinter die Ukraine gestellt**. Die Kommission hat von Anfang an Verantwortung und Führung übernommen. Wir haben den Weg geebnet für die Aufnahme von **mehr als 4 Millionen ukrainischen Flüchtlingen in der EU**. Wir haben humanitäre, finanzielle und militärische Hilfe der EU und der Mitgliedstaaten im beispiellosen Umfang von bislang **mehr als 88 Mrd. EUR – davon 28 Mrd. EUR an militärischer Unterstützung** – bereitgestellt. Und wir arbeiten eng mit unseren G7-Partnern zusammen, um sicherzustellen, dass jeder Euro dort ankommt, wo er in der Ukraine am dringendsten benötigt wird.

Der Diktator im Kreml hatte auf die Uneinigkeit der Europäerinnen und Europäer gesetzt. Gemeinsam haben wir ihn eines Besseren belehrt. Wir werden der Ukraine so lange wie nötig zur Seite stehen. Während das ukrainische Volk dem Aggressor weiter die Stirn bietet, werden wir **in den nächsten 4 Jahren** über die neue **Ukraine-Fazilität** weitere **50 Mrd. EUR** für grundlegende Dienstleistungen bereitstellen, etwa für Schulen, Löhne und Gehälter oder Renten. Jeder Sieg der Ukraine gegen Russland ist auch ein Sieg für unsere gemeinsame Sicherheit in Europa.



Gleichzeitig haben wir die Ukraine bei jedem Schritt ihrer ehrgeizigen Reformen unterstützt, die sie **näher an die EU heranführen**. Auf Empfehlung der Kommission hat unsere Union in Anerkennung der enormen Fortschritte des Landes und als Reaktion auf den Wunsch des ukrainischen Volks hin den historischen Beschluss gefasst, **Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine aufzunehmen**.

Wir haben ferner dazu beigetragen, die weltweiten Auswirkungen des russischen Angriffskriegs zu bewältigen. Als infolge des Kriegs eine weltweite Nahrungsmittelkrise drohte, haben wir geholfen, Getreide aus der Ukraine in Länder zu liefern, in denen es am dringendsten benötigt wurde.



Wir haben **Solidaritätskorridore** eingerichtet, über die **122 Millionen Tonnen an Gütern aus der Ukraine**, darunter fast **64 Millionen Tonnen überwiegend für den Export bestimmte Agrarerzeugnisse**, exportiert werden konnten.

Gleichzeitig haben wir uns dafür stark gemacht, dass Russland für sein Handeln zur Rechenschaft gezogen wird und für die Schäden aufkommt, die es durch seinen brutalen Angriffskrieg verursacht hat. Wir haben **13 Sanktionspakete** geschnürt, um die russische Kriegsmaschinerie zu lähmen. Wir haben **Vermögen der russischen Zentralbank in der EU in Höhe von mehr als 200 Mrd. EUR** immobilisiert. Wir unterstützen die Beweisaufnahme für die Kriegsverbrechen Russlands und sein Verbrechen der Aggression. Denn Europa macht sich für das Völkerrecht stark.



WICHTIGSTE ERFOLGE



Russlands Krieg gegen die Ukraine hat die EU und die Ukraine nur näher zueinander gebracht: Die Ukraine ist nun **offizielle Kandidatin für den EU-Beitritt**. Auf Empfehlung der Kommission **wurde grünes Licht für die Beitrittsverhandlungen gegeben**.



Seit Kriegsbeginn haben wir auf einzigartige Weise Mittel für die wirtschaftliche, humanitäre und militärische Hilfe mobilisiert und entwickelt, wodurch sich die von der EU und ihren Mitgliedstaaten geleistete Unterstützung auf **über 88 Mrd. EUR** beläuft.

Damit die Ukraine weiterhin auf die benötigten Mittel zählen kann, haben wir die **Ukraine-Fazilität** auf den Weg gebracht, aus der das Land zwischen 2024 und 2027 bis zu **50 Mrd. EUR in Form von Zuschüssen und Darlehen zu Vorzugsbedingungen** erhalten kann.





Die Kommission stellt das Sekretariat der von den G7 geleiteten **multilateralen Geberplattform für die Ukraine** – damit hat sie eine führende Rolle bei der Koordinierung der internationalen wirtschaftlichen Unterstützung für das Land übernommen.



Als Russland den Transit durch das Schwarze Meer blockierte, haben wir mit unseren Solidaritätskorridoren **alternative Routen für den ukrainischen Handel** geschaffen. Zwischen Mai 2022 und Januar 2024 konnten über die Solidaritätskorridore **122 Millionen Tonnen Waren aus- und 45 Millionen Tonnen eingeführt werden** – mit einem Gesamtwert von schätzungsweise **139 Mrd. EUR**.

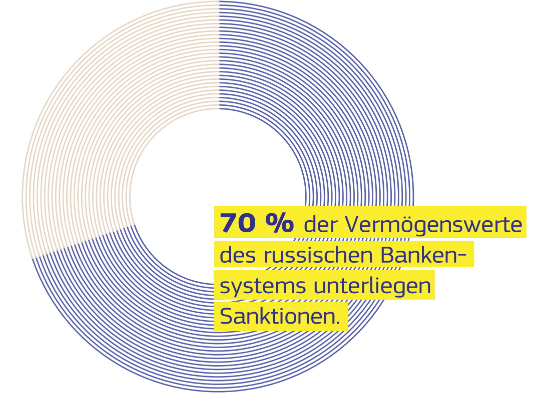


Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben zudem mehr als **28 Mrd. EUR an militärischer Hilfe** mobilisiert, um die Ukraine bei der Verteidigung zu unterstützen, darunter mehr als **6 Mrd. EUR aus der Europäischen Friedensfazilität**. Darüber hinaus hat die militärische Unterstützungsmission der EU für die Ukraine bislang **mehr als 40 000 ukrainische Soldatinnen und Soldaten ausgebildet**.

In Rekordtempo und in Rekordhöhe hat die Kommission **13 Pakete mit weitreichenden Sanktionen** gegen den Kreml und seine Verbündeten geschnürt und umgesetzt, um Russland die Fähigkeit zu nehmen, den Krieg zu finanzieren und zu führen.



Die EU vereinbarte, **wichtige russische Banken** vom SWIFT-System **abzukoppeln**



70 % der Vermögenswerte des russischen Banken-systems unterliegen Sanktionen.

Die EU-Sanktionen gelten derzeit für mehr als **2 000 Personen und Organisationen**. Über **28 Mrd. EUR ihrer privaten Vermögenswerte** sind in der EU **eingefroren**.



58 % der EU-Ausfuhren nach Russland vor der Invasion sowie 61 % der Vorkriegs-Einfuhren fallen unter unsere Sanktionen. Wir haben **die Einfuhr von Rohöl und raffinierten Erdölerzeugnissen aus Russland auf dem Seeweg verboten**. Da etwa die Hälfte der gesamten Erdölausfuhren Russlands in die EU importiert wurde (71 Mrd. EUR im Jahr 2021), waren die Auswirkungen erheblich.

Die Kommission und der Hohe Vertreter haben den nun von den Mitgliedstaaten angenommenen Vorschlag unterbreitet, **die Mehreinnahmen** aus der Verwaltung immobilisierter Vermögenswerte der russischen Zentralbank in der EU **zu verwenden, um die Erholung und den Wiederaufbau der Ukraine zu unterstützen**.

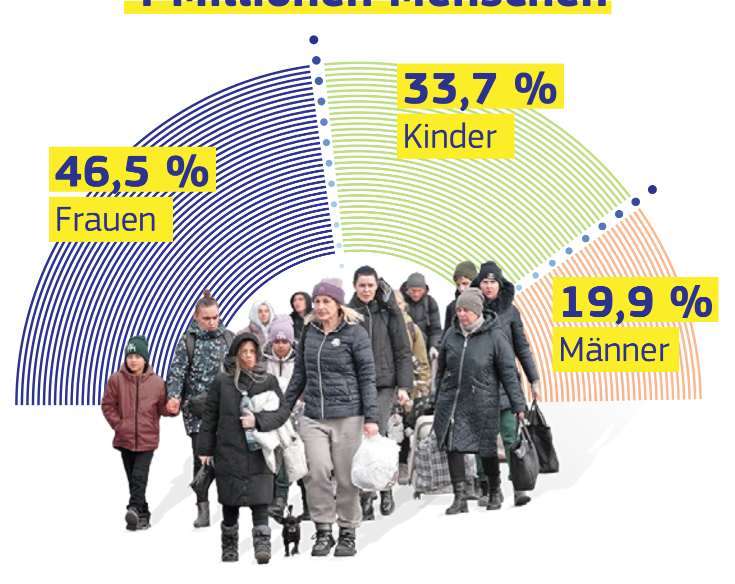


Khrystyna ist eine von vielen **Ukrainerinnen**, die vor der Aggression Russlands geflohen sind. Sie wurde **in der Region Limburg in den Niederlanden willkommen geheißen**. Dank der **Richtlinie über vorübergehenden Schutz** kann sie **nun mit der Arbeit in dem Hotel ihren Lebensunterhalt verdienen, in dem sie nach ihrer Ankunft** in den Niederlanden **zunächst wohnte.**



Wir haben gehandelt, um Menschen auf der Flucht vor dem Krieg in der Ukraine Zuflucht zu bieten, indem wir die Richtlinie über vorübergehenden Schutz aktiviert haben. **Heute genießen mehr als 4 Millionen Menschen, hauptsächlich Frauen und Kinder aus der Ukraine, in der EU Grundrechte** wie Zugang zum Arbeitsmarkt, medizinische Versorgung und Bildung für Kinder.

Vorübergehender Schutz für mehr als **4 Millionen Menschen**





Als Teil der bisher größten Operation im Rahmen des **Katastrophenschutzverfahrens der Union** haben wir mehr als 144 000 Tonnen Hilfsgüter für die Ukraine bereitgestellt und das System für medizinische Evakuierungen (Medevac) eingerichtet, das den **Transport von mehr als 3 000 ukrainischen Patientinnen und Patienten in Krankenhäuser in 22 europäischen Ländern** ermöglichte.

Die Fähigkeiten Europas in den Bereichen Resilienz, Sicherheit und Verteidigung stärken

Unser strategisches Umfeld hat sich grundlegend gewandelt, weshalb Europa sich einer neuen Verantwortung stellen muss. Aus diesem Grund entwickelt diese Kommission derzeit eine neue **Strategie für die europäische Verteidigungsindustrie**. Diese wird dazu beitragen, die Anstrengungen der Mitgliedstaaten und der europäischen Unternehmen zu bündeln – von der Forschung über die industrielle Herstellung und Vermarktung neuer militärischer Systeme bis hin zum Ausbau der Produktion, einer besser koordinierten Beschaffung und Verfügbarkeit wichtiger militärischer Fähigkeiten in Europa. Denn **Frieden braucht Sicherheit**.

WICHTIGSTE ERFOLGE



Mit der **Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen**, nach der die Mitgliedstaaten Risikobewertungen ihrer kritischen Sektoren durchführen müssen, haben wir die physische Sicherheit kritischer Infrastrukturen und Einrichtungen verbessert, und mit dem **Konzeptentwurf für kritische Infrastrukturen** haben wir einen Rahmen für eine gemeinsame Reaktion auf Vorfälle geschaffen, die kritische Infrastrukturen betreffen.



Die Kommission ist tätig geworden, **um der zunehmenden Desinformation und Falschinformation zu begegnen**, vor allem im Internet. Wir haben den **Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation** gestärkt, der für große Technologieunternehmen, Plattformen und die Zivilgesellschaft gilt. Mit dem **Gesetz über digitale Dienste** haben wir zusätzliche Möglichkeiten geschaffen, um die Verbreitung von Falschinformationen im Internet zu verhindern.



Wir haben den **Kampf gegen das organisierte Verbrechen und den Terrorismus offline und online** intensiviert. Außerdem haben wir Vorschriften zur Bekämpfung neuer Formen des Menschenhandels festgelegt und einen Fahrplan für die Bekämpfung krimineller Netze, die vor allem am Drogenhandel beteiligt sind, ausgearbeitet. Zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Verhinderung von Radikalisierung wurden Vorschriften erlassen, wonach **Online-Plattformen terroristische Inhalte binnen 1 Stunde entfernen müssen**.



Wir haben die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei- und Strafverfolgungsbehörden** gestärkt. Europol und Eurojust haben gestärkte Mandate erhalten, um die nationalen Behörden besser unterstützen zu können.



Die Kommission hat sich dafür eingesetzt, die Voraussetzungen für die sichere und erfolgreiche **Erweiterung des Schengen-Raums um Kroatien, Rumänien und Bulgarien** zu schaffen und gleichzeitig dessen Governance und Vorschriften zu aktualisieren. **Im Jahr 2022 wurde ein jährlicher Schengen-Zyklus ins Leben gerufen**, dessen Auftakt jedes Jahr ein **Schengen-Statusbericht zu Risiken und Sicherheitslücken** bildet.

Im Februar 2024 erzielten die gesetzgebenden Organe eine Einigung über einen aktualisierten **Schengener Grenzkodex**. Mit dem neuen Kodex wird ein Mechanismus zur Einführung vorübergehender Reisebeschränkungen an den Außengrenzen in gesundheitlichen Notlagen festgelegt. Er gibt den Mitgliedstaaten auch die Möglichkeit, gegen die Instrumentalisierung von Migrantinnen und Migranten durch Drittländer und nichtstaatliche Akteure vorzugehen.





Wir haben **unsere Partnerschaft mit der NATO weiter gestärkt**. Mit der neuen **gemeinsamen Erklärung der EU und der NATO** fördern wir unsere Zusammenarbeit in Sachen hybride Bedrohungen, Cyberbedrohungen, Terrorismus und der Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit. Wir haben die **EU-NATO-Taskforce für die Resilienz kritischer Infrastrukturen** eingerichtet, um erhebliche Störungen wesentlicher Dienste wirksamer zu verhindern und sicherheitspolitische Herausforderungen im Bereich der kritischen Infrastrukturen gemeinsam anzugehen.

Mithilfe des **Europäischen Verteidigungsfonds**, der **Verordnung zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung** und der **Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion** motivieren wir die europäische Verteidigungsindustrie zu einer verstärkten Produktion in Europa. An die Stelle kurzfristiger Maßnahmen zur Reaktion auf die großangelegte Invasion der Ukraine wird demnächst das **Europäische Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich** treten.

© Adobe Stock

Gemeinsame Lösungen in der schlimmsten Energiekrise seit Jahrzehnten

Während seines Angriffs auf die Ukraine hat Russland versucht, uns mit Energie zu erpressen. Das löste in Europa eine Energiekrise aus und weckte Ängste vor flächendeckenden Stromausfällen. Auch hier hat die Union die Herausforderung mit vereinten Kräften gemeistert.

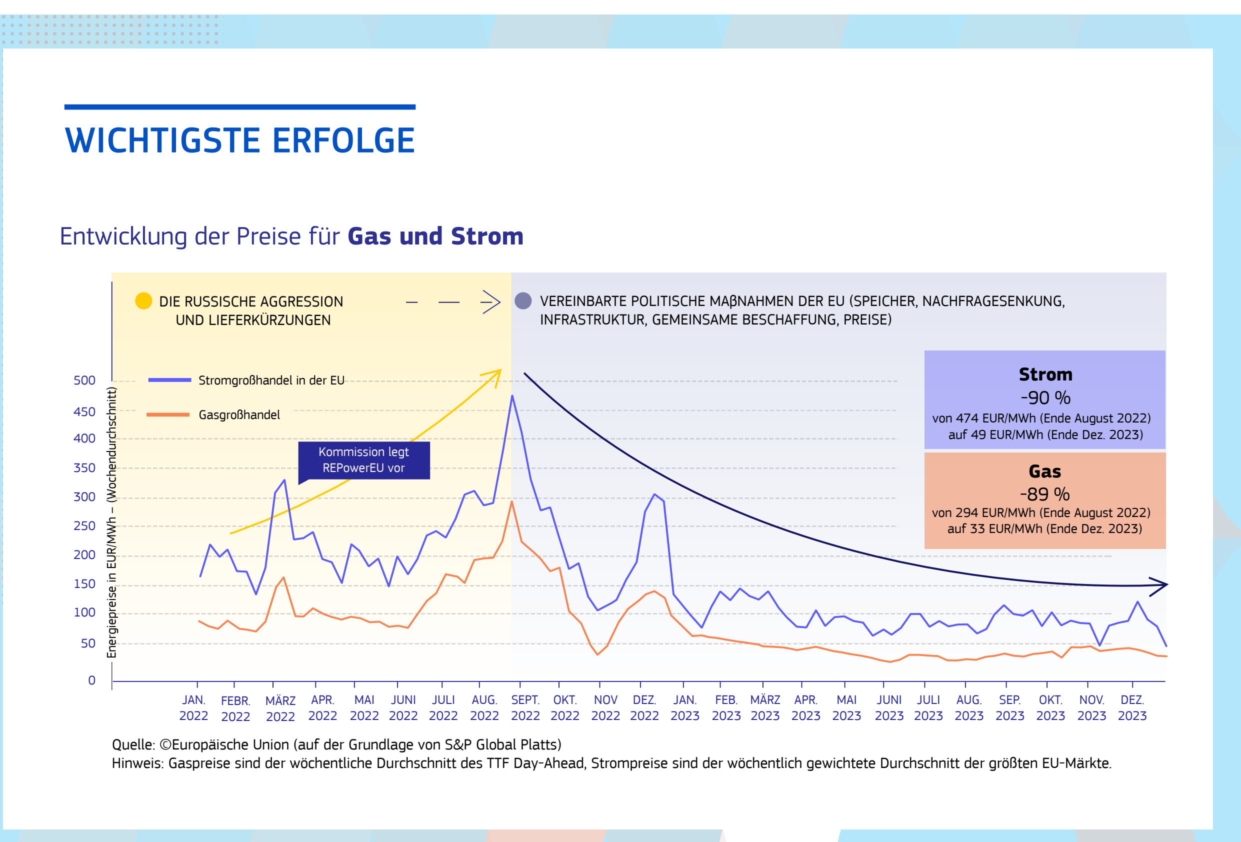
Mit dem bahnbrechenden **REPowerEU-Plan** der Kommission ist es gelungen, unsere Energieversorgung zu sichern und unsere Abhängigkeit von Russland drastisch zu verringern. Wir haben neue, zuverlässige Partner gefunden und so unsere Lieferungen diversifiziert. **Unseren Gasverbrauch** haben wir dank der enormen Anstrengungen der Europäerinnen und Europäer sowie der Unternehmen **um 18 % gesenkt**. Außerdem haben wir den **raschen Ausbau erneuerbarer Energien intensiviert**.

Zum ersten Mal haben wir in der EU im vergangenen Jahr mehr Strom aus Windenergie als aus Gas erzeugt. Wir haben die in Europa produzierte Menge an Sonnenenergie nahezu verdoppelt. **Bei den Anlagen für Sonnen- und Windenergie haben wir jährlich um rund 35 % zugelegt**.

Angesichts der durch die russische Erpressung entstandenen Energiepreisspitzen, die unsere Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen schwer in Bedrängnis brachten, haben wir einen Ansatz verfolgt, der schon während der Pandemie erfolgreich war.

Wir haben eine **EU-Energieplattform** geschaffen, über die wir die Nachfrage nach Erdgas gebündelt und Ausschreibungen veröffentlicht haben, um so die Verhandlungsposition unserer Unternehmen auf den Weltmärkten zu stärken. Und das funktioniert. Im Jahr 2023 hatten Käufer in Europa **über die Plattform Zugriff auf 42 Milliarden Kubikmeter Gas**. Und die jüngste gemeinsame Ausschreibung der EU vom Februar 2024 war mit einem Gesamtvolumen von 97,4 Milliarden Kubikmetern von internationalen Anbietern dreifach überzeichnet.

Dank unserer gemeinsamen Maßnahmen sind die **Preise heute fast 10 mal niedriger als auf dem Höhepunkt der Krise**. Außerdem gehört die Abhängigkeit Europas von fossilen Brennstoffen aus Russland ein für alle Mal der Vergangenheit an.



WICHTIGSTE ERFOLGE

REPowerEU

Unser Investitionsplan, mit dem 300 Mrd. EUR mobilisiert werden sollen, zur Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland und zur Förderung der Energiewende

ENERGIE SPAREN

Durch Koordinierung der Senkung unserer Gasnachfrage



18 %
Nachfragerückgang zwischen August 2022 und Dezember 2023

101 Mrd. m³ (*)
Gas eingespart

99 %
der **Gaslagerkapazität** war im November 2023 **erreicht**

(Übererfüllung unseres Ziels von 90 % bis 1. November 2023)

EU-ENERGIEPLATTFORM

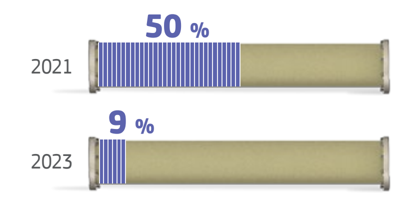
In den vier EU-Ausschreibungen für den gemeinsamen Gaseinkauf, die 2023 im Rahmen der EU-Energieplattform organisiert wurden, gaben **113 Unternehmen** in der gesamten EU eine Gasnachfrage von über 54 Mrd. m³ an.

Käufer in Europa hatten **im Jahr 2023 über die Plattform Angebote für 42 Milliarden Kubikmeter Gas** erhalten.

DIVERSIFIZIERUNG UNSERER VERSORGUNG

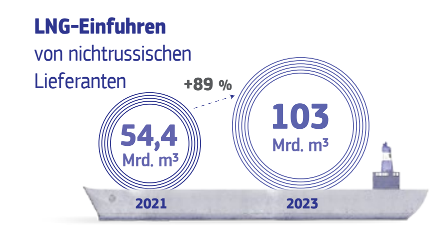
Durch neue zuverlässige Lieferanten

ANTEIL RUSSISCHEN PIPELINEGASES EINFUHREN VON EU-GAS INSGESAMT



Derzeitiger Hauptlieferant für die EU: **Norwegen (30 % aller Pipeline-Einfuhren 2023)**

Flüssigerdgas (LNG)

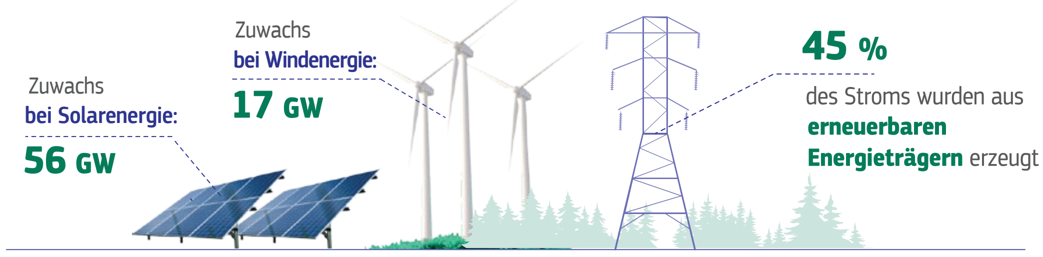


Derzeitiger LNG-Hauptlieferant für die EU: **Vereinigte Staaten (46 % aller LNG-Einfuhren)**

INVESTITIONEN IN ERNEUERBARE ENERGIEN

Den Übergang zu einer nachhaltigeren und kostengünstigeren Energie beschleunigen

EINSATZ ERNEUERBARER ENERGIEN (2023) | ERZEUGTER STROM (2023)



(*) Mrd. m³ = Milliarden Kubikmeter

Hilfe im Katastrophenfall

Während ihres gesamten Mandats hat die Kommission die Kapazitäten Europas ausgebaut, Ländern, die von Katastrophen wie Überschwemmungen, Waldbränden, Erdbeben oder medizinischen Notlagen heimgesucht wurden, lebenswichtige Unterstützung zu leisten.

Mithilfe ihres **Katastrophenschutzverfahrens** hat die EU dafür gesorgt, dass ihre Hilfe bis in alle Teile des Kontinents und sogar weit darüber hinaus reicht. Binnen weniger Stunden, nachdem katastrophale **Erdbeben Albanien, Kroatien und die Türkei** verwüstetet hatten, waren unsere Teams vor Ort und halfen, Menschen zu retten und Schutt und Trümmer zu räumen. Nach den verheerenden **Überschwemmungen in Belgien, Deutschland, Italien und Slowenien** haben sie vor Ort schnell praktische Hilfe geleistet.

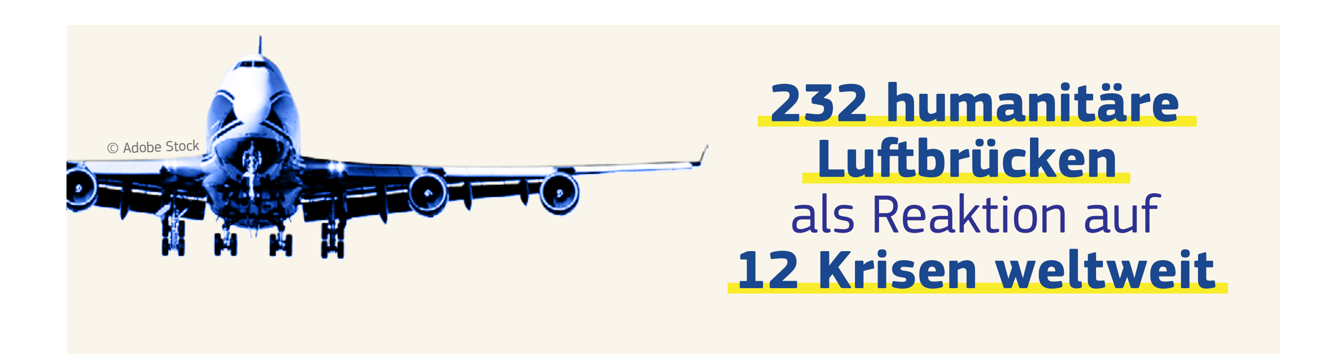
Seit 2019 haben wir **mehr als 3 Mrd. EUR aus dem EU-Solidaritätsfonds** für von Naturkatastrophen und Gesundheitskrisen betroffene Mitgliedstaaten und Beitrittsländer bereitgestellt.



Unsere Löschflugzeug-Flotte hat von Griechenland bis Portugal und von Frankreich bis Albanien die Bekämpfung von Waldbränden unterstützt. Auch jenseits des Atlantiks. Erstmals in der Geschichte **hat sich Kanada mit der Bitte um Hilfe an Europa gewandt, als es mit den schlimmsten Waldbränden seit Jahrzehnten konfrontiert war**. Und Europa hat reagiert. Hunderte europäische Feuerwehrleute beteiligten sich am Kampf gegen die heftigen Feuer, die in den kanadischen Wäldern wüteten.

Doch die Häufigkeit und Intensität der Extremwetterereignisse sowie die Pandemie haben gezeigt, dass unsere Reaktion im Katastrophenfall noch besser werden muss. Deshalb haben wir **rescEU** geschaffen: einen gemeinsamen Pool europäischer Ressourcen wie Löschflugzeuge und Hubschrauber, Maschinen für medizinische Evakuierungsflüge und schnell verfügbare Vorräte an medizinischem Material. Ein echtes europäisches Sicherheitsnetz für Notfälle.

Im Katastrophenfall ist unsere Union jetzt besser denn je darauf vorbereitet zu helfen – Europäerinnen und Europäern ebenso wie dem Rest der Welt. Als **Reaktion auf zwölf internationale Krisen** haben wir seit 2020 **232 humanitäre Luftbrücken** koordiniert, die jüngste angesichts der ernsten humanitären Lage in Gaza.





Schweden steuert zwei weitere Scooper-Flugzeuge für die **rescEU-Flotte der EU zur Waldbrandbekämpfung** bei. Damit verdoppelt sich die Gesamtzahl der schwedischen Flugzeuge, die sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene für Noteinsätze bereitstehen.



Das **Erdbeben**, das **Kroatien** im Jahr 2020 erschütterte, zerstörte die Universitätsklinik in Zagreb. Mit Hilfe von **EU-Mitteln wird das Krankenhaus nun renoviert**, was eine bessere **Gesundheitsversorgung für fast eine halbe Million Einwohnerinnen und Einwohner** der Region Zagreb ermöglicht.

WICHTIGSTE ERFOLGE

Die Kommission von der Leyen hat weiterhin international Unterstützung geleistet. **In den vergangenen 4 Jahren wurde das EU-Katastrophenschutzverfahren in mehr als 400 Fällen aktiviert.**

Als zu Beginn der COVID-19-Pandemie eine Grenze nach der anderen geschlossen wurde, **haben wir mehr als 100 000 Menschen nach Europa zurückgebracht** und Europäerinnen und Europäer und ihre Familien nach Hause geholt.



Während der Pandemie koordinierte und kofinanzierte die Kommission die Lieferung von **190 Millionen medizinischen Hilfsgütern und persönlicher Schutzausrüstung für Drittländer, darunter auch Beatmungsgeräte**.

Seit Russland seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine gestartet hat, haben wir **die größte Operation in der Geschichte des EU-Katastrophenschutzverfahrens organisiert und 144 000 Tonnen Hilfsgüter bereitgestellt**.

Als Reaktion auf gewaltige Waldbrände in ganz Europa hat das Verfahren den Einsatz von Löschflugzeugen, Hubschraubern und Feuerwehrleuten ermöglicht. Als Waldbrände im Jahr 2023 Griechenland, Zypern, Italien und Tunesien verwüsteten, wurden rund **2 000 Kräfte, darunter Feuerwehrleute, entsandt, um die Krise zu bewältigen**.





Seit 2019 haben wir in ganz Europa medizinische **rescEU**-Bestände geschaffen, die wichtige Elemente wie Beatmungsgeräte, persönliche Schutzausrüstung, Arzneimittel sowie Ausrüstungen für chemische, radiologische, nukleare und biologische Notfälle enthalten.

Darüber hinaus hat die Kommission weltweit Hilfsgüterbestände angelegt – **die Europäische Kapazität für humanitäre Hilfe** –, die sich in Lateinamerika, im Nahen Osten, in Asien und in Europa befinden. Mit Hilfe der Kapazität will die EU in Krisengebieten schneller helfen.





Die EU ist nach wie vor eine weltweit führende Geberin humanitärer Hilfe. Seit Dezember 2019 hat die humanitäre Hilfe der EU **11 Mrd. EUR** überstiegen. Wir haben auf humanitäre Notlagen in der ganzen Welt reagiert: von Afghanistan bis Sudan und zuletzt in Gaza.

Die Prioritäten weiter fest im Blick

Der europäische Grüne Deal: eine Wachstumsstrategie, die das Klima schützt

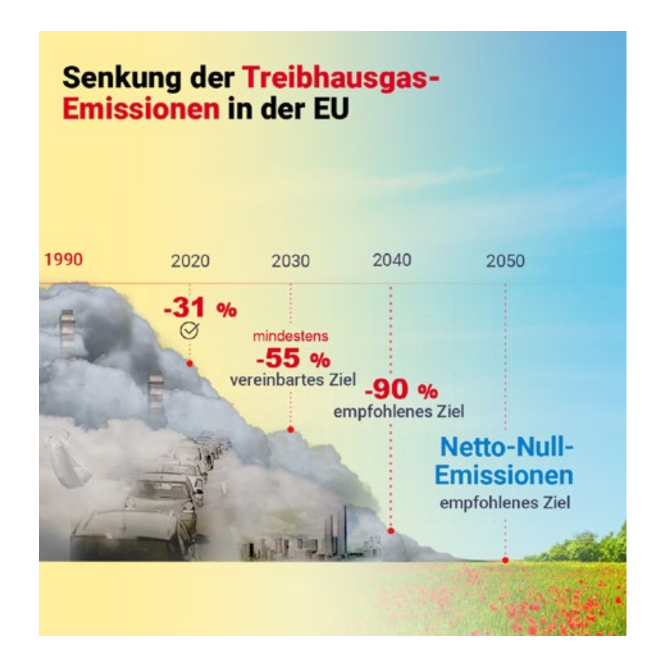
Gleich zu Beginn unseres Mandats haben wir Europa auf ein gemeinsames Ziel verpflichtet: die Entwicklung eines neuen Wachstumsmodells, des **europäischen Grünen Deals**, der sich auf eine saubere Kreislaufwirtschaft stützt. Wir haben uns selbst Ziele gesteckt, um **bis 2050 klimaneutral zu werden**. Denn nur, was gemessen wird, wird auch gemacht. Dies ist unser Kompass, mit dem wir den sauberen Wandel vorangetrieben haben – auf wirtschaftlich tragfähige Weise, sozial gerecht, zum Schutz der Menschheit und unseres Planeten.

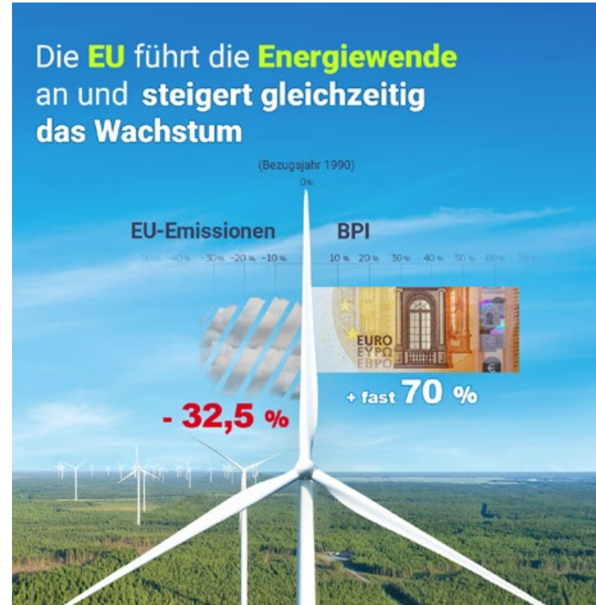
Wir haben eine klare Vision: **Europa muss mit seiner starken industriellen Basis die erste Adresse für Investitionen bleiben. Denn nur so entstehen stabile, zukunftssichere und hochwertige Arbeitsplätze.**

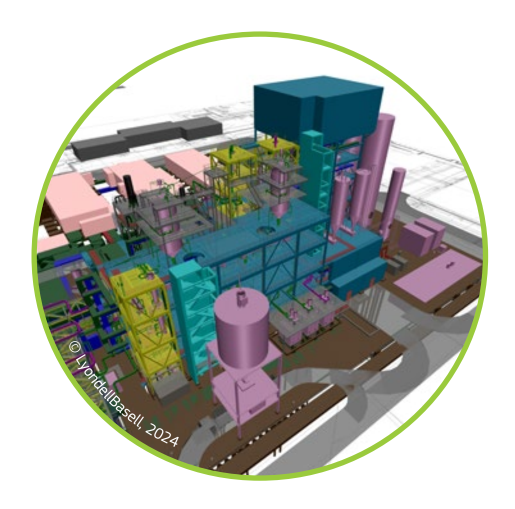
Mit dem von uns festgelegten Rahmen sollen die **Treibhausgas-Emissionen bis zum Ende dieses Jahrzehnts um mindestens 55 % gegenüber dem Niveau von 1990 sinken**. Wir haben die Investitionen auf EU-Ebene hochgefahren. **Klimarelevante Projekte werden mit EU-Mitteln in Höhe von fast 400 Mrd. EUR aus dem Aufbauinstrument NextGenerationEU und dem Kohäsionsfonds unterstützt**. Wir haben einen robusten Rahmen für eine tragfähige Finanzierung festgelegt und sind heute der weltweit größte Emittent grüner Anleihen.

Und wir haben gezeigt, dass es möglich ist, das Wachstum der Wirtschaft von Emissionen abzukoppeln: **Seit 1990 sind die Treibhausgas-Emissionen um 32,5 % zurückgegangen, während unsere Wirtschaft um fast 70 % gewachsen ist.**

Zudem haben wir die Entwicklung von zur Emissionsreduzierung notwendigen innovativen Technologien gefördert. Mit der **Netto-Null-Industrie-Verordnung** werden wir die Genehmigungsverfahren für saubere Fertigungstechnologien deutlich beschleunigen und europäische Unternehmen gezielt dabei unterstützen, den Übergang gut zu bewältigen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu wahren.







In der Nähe von Köln entwickelt Lyondell Basell mit Unterstützung des **EU-Innovationsfonds** eine wirtschaftlich rentable **Recyclinganlage für Kunststoffabfälle, die zu 100 % mit Strom betrieben wird**. Das Projekt wird das Plastikmüll-Problem und die Ressourcenknappheit verringern und gleichzeitig **CO_2-neutral** sein.

Der Rest der Welt jedoch muss nachziehen. Um das Problem der Verlagerung von Treibhausgas-Emissionen in den Griff zu bekommen, haben wir das **CO_2-Grenzausgleichssystem** geschaffen. Dieses System soll sicherstellen, dass Emissionen – unabhängig davon, wo sie entstehen – reduziert werden und dass die Klimaziele der EU nicht untergraben werden.

Von Beginn an haben wir den Europäerinnen und Europäern versprochen, den Übergang sozial gerecht zu gestalten. Wir haben unser Versprechen gehalten. So haben wir den **Fonds für einen gerechten Übergang und den Klima-Sozialfonds** eingerichtet, um diejenigen zu unterstützen, die am stärksten betroffen sind und die größten Herausforderungen bei der Anpassung bewältigen müssen.

Unser Grüner Deal erfüllt die gesteckten Zielvorgaben – Europa ist auf Kurs, um seine Klimaziele zu erreichen. Und wir machen aus der notwendigen Dekarbonisierung unserer Industrie eine Wachstumschance.

Ost-Wielkopolska, ein Braunkohlerevier in **Polen**, verfolgt einen ehrgeizigen Plan hin zur Klimaneutralität. Mit Unterstützung aus dem **EU-Fonds für einen gerechten Übergang und dem Innovationsfonds** könnte die Region **Polens erste Elektrolyseure zur Erzeugung von Wasserstoff** bauen. Indem die Arbeitskräfte aktiv umgeschult werden, **bleibt niemand auf dem Weg zur Klimaneutralität auf der Strecke**.



WICHTIGSTE ERFOLGE



Die EU verabschiedete im Jahr 2021 ihr erstes **Europäisches Klimagesetz**, in dem zum einen die Zielsetzung Europas, **bis 2050 klimaneutral zu werden**, festgeschrieben wurde und zum anderen das Ziel, **die Emissionen bis 2030** im Vergleich zu 1990 **um 55 % zu senken**. Im Februar 2024 empfahl die Kommission das zusätzliche Zwischenziel, die Emissionen bis 2040 um 90 % zu reduzieren.



Während dieses Mandats legte die Kommission den **Fonds für einen gerechten Übergang** vor. Unterstützt durch Finanzmittel im Umfang von **19,7 Mrd. EUR** wurden gefährdete Regionen unterstützt, um die wirtschaftlichen Aktivitäten zu diversifizieren und die sozioökonomischen Auswirkungen der Energiewende zu bewältigen.



Die Kommission hat Landwirtinnen und Landwirte in 22 Mitgliedstaaten mit 330 Mio. EUR unterstützt, damit diese die Herausforderungen durch Klimaereignisse und höhere Betriebsmittelkosten meistern können. Wir haben den Mitgliedstaaten auch Flexibilität ermöglicht, damit diese die EU-Unterstützung um bis zu 200 % mit nationalen Mitteln aufstocken und **höhere Vorschüsse aus den Mitteln der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)** gewähren können, um den Cashflow der Landwirtinnen und Landwirte zu verbessern.



Seit 2019 haben wir sieben großangelegte wichtige **Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse** (IPCEI) genehmigt, an denen 22 Mitgliedstaaten beteiligt sind. Bei diesen ambitionierten Projekten geht es beispielsweise um Batterien, Mikroelektronik, Wasserstoff und Cloud Computing. **Mit staatlichen Beihilfen in Höhe von 32,9 Mrd. EUR werden sie zusätzliche private Investitionen in Höhe von mindestens 50,3 Mrd. EUR mobilisieren**.



Um die **knappen Ressourcen besser zu nutzen und weniger Abfall zu produzieren**, haben wir Maßnahmen ergriffen, um Produkte nachhaltiger zu machen und so die in der EU jährlich anfallenden 2,2 Mrd. Tonnen Abfall zu verringern.



Unser klarer Fokus auf einer intelligenteren Nutzung von Materialien zeigt sich am **Neuen Europäischen Bauhaus**. Mit über 600 offiziellen Partnerorganisationen – von EU-weiten Netzen bis hin zu Initiativen vor Ort– **erreicht das Neue Europäische Bauhaus inzwischen Millionen von Bürgerinnen und Bürgern**.



Während dieses Mandats hat die Kommission das **EU-Emissionshandelssystem (EHS) aktualisiert, um mehr Tätigkeiten abzudecken** und mehr Wirtschaftssektoren zu Reformen zugunsten des Übergangs zu sauberen Technologien zu motivieren. Dies generiert mehr Einnahmen, die dann **in Innovationen, Klimaschutz und soziale Unterstützung reinvestiert** werden, z. B. durch den **Innovationsfonds, den Modernisierungsfonds und den Klima-Sozialfonds**.



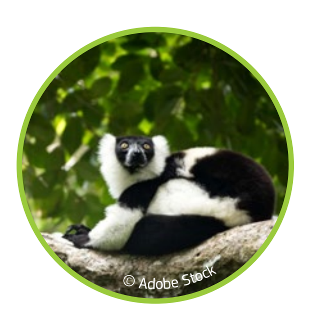
© Adobe Stock

Die Kommission will sicherstellen, dass unsere **Industrie fit für das grüne Zeitalter ist.** Wir haben die **Batterieherstellung** in der EU und die Entwicklung von **sauberem Wasserstoff** gefördert. Darüber hinaus haben wir Anforderungen festgelegt, um dafür zu sorgen, dass im transeuropäischen Verkehrsnetz **alle 60 Kilometer Ladestationen für Elektrofahrzeuge** zur Verfügung stehen. Mit unserem **CO_2-Grenzausgleichsmechanismus** sind wir gegen die Verlagerung von Treibhausgas-Emissionen vorgegangen: damit Emissionen dort reduziert werden, wo sie erzeugt werden – und nicht einfach nur ausgelagert werden.



© Adobe Stock

Der **Null-Schadstoff-Aktionsplan** der Kommission bewirkte Vorschläge für modernisierte **Normen hinsichtlich Wasserqualität, Luftqualität, Industrieemissionen und Chemikalien**.



© Adobe Stock

Wir standen an der Spitze des **globalen Biodiversitätsrahmens von Kunming-Montreal**, der auf der COP15 zur biologischen Vielfalt vereinbart wurde, und des **UN-Hochseeabkommens**.



Und wir haben eine Reihe von **Energiewende-Dialogen mit wichtigen Industriezweigen** auf den Weg gebracht. Wir haben Dialoge mit dem **Wasserstoffsektor, mit energieintensiven Industrien und Cleantech** gestartet. Dialoge zu kritischen Rohstoffen und Mobilität, zu Infrastruktur und Forstwirtschaft werden 2024 folgen.

Europas digitale Führungsposition festigen

Im Hinblick auf die Digitalisierung hat Europa in den vergangenen Jahren mehr für seine Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen erreicht als je zuvor.

Zu Mandatsbeginn hatten wir ein klares Ziel gesteckt: **sicherstellen, dass unsere Gesellschaft von neuer Technologie profitiert und dass wir durch Innovation noch wettbewerbsfähiger werden – und gleichzeitig die Risiken für die Bürgerinnen und Bürger minimieren**.

Und wir haben geliefert. In ganz Europa **wurden Milliarden in den Ausbau von Glasfaser und 5G investiert**. Wir haben ländliche Regionen vernetzt und dafür gesorgt, dass sich Hunderttausende von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wichtige Kompetenzen für die digitale Zukunft aneignen konnten. Wir haben eine **auf den Menschen ausgerichtete Vision des digitalen Raums entwickelt und unsere technologische Führungsposition gefestigt**.

2019 stand keiner der acht leistungsfähigsten Supercomputer in Europa. Heute befinden sich **vier der schnellsten Rechner der Welt in der EU** – in Finnland, Italien, Spanien und Deutschland.

LUMI ist einer unserer **Supercomputer von Weltrang**. Das Wort bedeutet „Schnee" auf Finnisch, und da er in **Nordfinnland** steht, benötigt er weniger Energie für die Kühlung. LUMI nutzt **100 % Wasserkraft**, und seine Abwärme **dient dazu, Hunderte von Haushalten in dem Gebiet zu heizen**.


© CSC

Gleichzeitig ist Europa zum weltweiten Vorreiter für die Bürgerrechte im Internet geworden. Mit dem **Gesetz über digitale Dienste** haben wir die Grundprinzipien für alle Digitalunternehmen in Europa sowie klare Rechte für die Nutzerinnen und Nutzer festgelegt. Wir haben deutlich gemacht, wo die besondere Verantwortung der großen Internetplattformen für die von ihnen geförderten und verbreiteten Inhalte liegt, um beispielsweise Hetze und Desinformation zu bekämpfen oder Minderjährige zu schützen. Und mit dem **Gesetz über digitale Märkte** sorgen wir dafür, dass die großen digitalen Unternehmen sich fair verhalten und Transparenz und Rechtssicherheit für EU-Unternehmen gewährleisten.

Ähnliches gilt für den Bereich künstliche Intelligenz. Mit unserem innovationsfreundlichen **Gesetz über künstliche Intelligenz** ist Europa der erste und bisher einzige Kontinent, der eine umfassende Gesetzgebung zur künstlichen Intelligenz vorweisen kann, die sich insbesondere auf hoch riskante Anwendungen konzentriert. Das Gesetz über künstliche Intelligenz ist weit mehr als ein Regelwerk. **Es bietet unseren Unternehmen ein Sprungbrett für eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung einer vertrauenswürdigen KI**.

Wir wissen, dass KI die Produktivität unserer Unternehmen enorm steigern kann. Wir helfen ihnen deshalb, die Technologie in ihre Geschäftsprozesse zu integrieren. Wir geben **Start-ups und KMU beispielsweise Zugang zu unseren Weltklasse-Supercomputern**, damit sie große KI-Modelle entwickeln, trainieren und testen können.

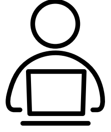


Nines, aus **Spanien**, die mit ihrem Ehemann und ihren drei Kindern in Vigo lebt, wird wegen metastasierten Brustkrebs behandelt. Sie wurde für die Teilnahme am **DIPCAN-Projekt** ausgewählt, einer im Rahmen von **NextGenerationEU** finanzierten Krebsstudie an 2000 Patientinnen und Patienten. Diese Studie verbindet die **Gesundheitsdaten einer Patientin oder eines Patienten** mit **künstlicher Intelligenz**, um die beste und effizienteste Behandlung für jede einzelne Person zu ermitteln. Nines erhält eine auf sie abgestimmte, individuelle Behandlung, und ihre Ärzte sind zuversichtlich, dass die durch die DIPCAN-Diagnose ermöglichten effizienten Therapien ihre Lebenserwartung verlängern können. **Um es mit Nines Worten zu sagen: „Mehr Forschung bedeutet längeres Leben“**.

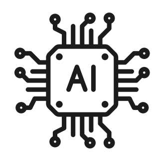
Gleichzeitig haben wir einen sicheren Weg entwickelt, um **das wirtschaftliche Potenzial der Daten auszuschöpfen**. Mit dem **Datengesetz** schaffen wir Anreize für die Weitergabe von Daten für diejenigen, die sie generieren. Das wird unsere Cloud-Märkte wettbewerbsfähiger machen – und könnte unser BIP bis 2028 um zweistellige Milliardenbeträge steigern.

Europas digitale Dekade ist ein Erfolg.

WICHTIGSTE ERFOLGE



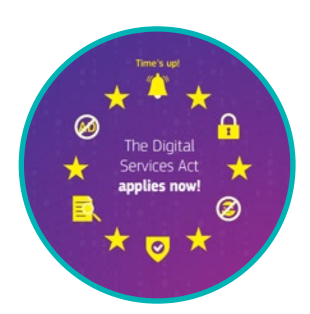
Europa hat während dieses Mandats mehr denn je in die Digitalisierung investiert. Heute haben **acht von zehn Europäerinnen und Europäern Zugang zum 5G-Netz**. Etwa 56 % aller EU-Haushalte sind an Glasfaserkabel angeschlossen.



Seit Beginn ihres Mandats nutzt die Kommission von der Leyen das Potenzial neu entstehender Technologien – und schützt gleichzeitig die Bürgerinnen und Bürger. Mit dem **KI-Gesetz** wird die EU zum **ersten Rechtsgebiet der Welt, das dafür sorgt, dass KI sicher bleibt und der Mensch im Mittelpunkt steht**. Die Kommission hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, jährlich mehr als 1 Mrd. EUR in KI-Forschung und -Innovation zu investieren. **2022 haben wir 3 Mrd. EUR für Forschung und Entwicklung im Bereich KI mobilisiert**.



Der **Daten-Governance-Rechtsakt**, der seit September 2023 anwendbar ist, enthält Anforderungen, um das Vertrauen in Datenmittler zu erhöhen, und stärkt die Mechanismen für die gemeinsame Datennutzung.



Das **Gesetz über digitale Dienste** legt **einen neuen Standard für die Rechenschaftspflicht von Online-Plattformen** fest. Nach dem Gesetz unterliegen sehr große Online-Plattformen oder Suchmaschinen, die monatlich mehr als 45 Millionen Nutzerinnen und Nutzer erreichen, strengeren Vorschriften. Bislang wurden **22 Dienste als sehr große Online-Plattformen oder Suchmaschinen eingestuft**.



Mit dem **Gesetz über digitale Märkte** hat die EU international einen Meilenstein bei der **Regulierung der wirtschaftlichen Macht digitaler Torwächter – also einiger der weltgrößten Digitalunternehmen – gesetzt**. Im September 2023 benannte die Kommission **im Rahmen des Gesetzes sechs Gatekeeper** – Alphabet, Amazon, Apple, ByteDance, Meta und Microsoft –, die zusammen für 22 zentrale Plattformdienste stehen.



Um den Europäerinnen und Europäern eine sichere digitale Identität zu ermöglichen, hat die Kommission eine neue **digitale Brieftasche** vorgeschlagen. Damit können die Bürgerinnen und Bürgern der EU von Ende 2026 an über **eine sichere digitale Identität verfügen, die personenbezogene Daten schützt**.



Um uns widerstandsfähiger gegen Cyberbedrohungen zu machen, hat die Kommission die **NIS-2-Richtlinie** eingeführt, mit der die Cybersicherheitsvorschriften auf neue Sektoren wie Telekommunikationsanbieter, Postdienste, die öffentliche Verwaltung und die Gesundheitsversorgung ausgeweitet wurden.



Die Kommission hat zudem ein **Cyberresilienzgesetz** eingeführt, das Cybersicherheitsanforderungen für alle Hardware- und Softwareprodukte auf dem europäischen Markt festlegt – von Babyfonen und Computerspielen bis hin zu Firewalls und Routern.



Im **EU-Cybersolidaritätsgesetz** werden Maßnahmen zur Verbesserung der Cyberabwehrbereitschaft kritischer Einrichtungen und zur Stärkung der Krisenbewältigungs- und Reaktionsfähigkeiten vorgeschlagen.



Zur Vorbereitung des digitalen Wandels hat die Kommission Initiativen auf den Weg gebracht, um die Zahl der Absolventinnen und Absolventen im Bereich IKT zu erhöhen und die Bürgerinnen und Bürger beim Erwerb neuer digitaler Kompetenzen zu unterstützen. Die **Akademie für Cyberkompetenzen** und die **Plattform für digitale Kompetenzen und Arbeitsplätze** sind Teil dieser Bemühungen.



Im Zuge des **Politikprogramms für die digitale Dekade** verfolgt die Kommission weiterhin die europaweite Leistung in vier Bereichen: digitale Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger, Übernahme neuer Technologien wie KI-, Daten- und Cloud-Technologie durch Unternehmen, Förderung der Konnektivitäts-, Computing- und Dateninfrastrukturen in der EU und Bereitstellung öffentlicher Dienste und Verwaltung online. Im Programm sind **konkrete Ziele für das Jahr 2030 festgeschrieben – insbesondere das Ziel, dass 80 % der 16- bis 74-Jährigen bis dahin über grundlegende digitale Kompetenzen verfügen**.

Ein praktischer Ansatz für eine wettbewerbsfähigere europäische Industrie

Die europäische Industrie steht im Fokus unseres Anliegens, Wohlstand für unsere Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Und sie ist von entscheidender Bedeutung für unser Ziel, eine umweltverträgliche Wirtschaft aufzubauen. Um unsere Industrie dabei zu unterstützen, während des Übergangs weltweit wettbewerbsfähig zu bleiben, **haben wir Konzepte für Schlüsselsektoren entwickelt, die Tempo aufnehmen müssen, von Chips bis hin zu sauberen Technologien, von Batterien bis hin zu Windenergie**. Dabei spielen Investitionen, der Aufbau von Kompetenzen, ein kluger gesetzlicher Rahmen und die Zusammenarbeit mit Partnern eine wichtige Rolle.

Wir haben diesen Ansatz mit dem **europäischen Chip-Gesetz** getestet, um die Herstellung von Chips zu fördern und die Expansion und Innovation in der gesamten Wertschöpfungskette voranzutreiben. Und es war ein Erfolg. **Das europäische Chip-Gesetz hat bereits geplante Investitionen in Höhe von über 100 Mrd. Euro** entlang der gesamten Wertschöpfungskette generiert. Und das Gesetz schafft bereits heute in ganz Europa hochwertige Arbeitsplätze, von Magdeburg bis Catania, von Dublin bis Dresden, von Breslau bis Grenoble.

Das Land **Sachsen** hat den Wandel zu einem herausragenden Technologiezentrum in Europa mit Schwerpunkt auf der Elektronik erfolgreich gemeistert. **EU-Fördermittel** haben dabei eine zentrale Rolle gespielt, indem zusätzliche Investitionen mobilisiert werden konnten. Das bekannteste Projekt ist eine Investition von **5 Mrd. EUR** in ein neues Infineon-Halbleiterwerk, in dem rund 1 000 neue hoch qualifizierte Arbeitsplätze entstehen dürften. Infineon erwartet **öffentliche Mittel in Höhe von 1 Mrd. EUR**.



Denselben Ansatz verfolgen wir für unsere Cleantech-Industrie. Ihre Zukunft soll bei uns in Europa stattfinden. Unsere **Netto-Null-Industrie-Verordnung** wird dabei helfen, mehr Produktionskapazitäten in Europa aufzubauen. Bis 2030 sollten mindestens 40 % unserer Nachfrage nach Netto-Null-Technologien durch europäische Fertigungskapazitäten gedeckt werden. Unsere strategischen Projekte und Cluster sowie damit einhergehende Reformen und maßgeschneiderte Beschaffungs- und Auktionsregeln können der EU dabei helfen, eine **weltweite Vorreiterrolle bei der Umstellung auf saubere Energie einzunehmen und bei uns hochwertige grüne Arbeitsplätze zu schaffen**.

Das neue europäische **Gesetz zu kritischen Rohstoffen** soll unseren Unternehmen den Zugang zu unverzichtbaren Materialien sichern, der für die Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Sicherheit Europas entscheidend ist. Heute bezieht Europa den Löwenanteil seiner seltenen Erden und weiterer kritischer Rohstoffe aus China. Geopolitische Spannungen oder Ereignisse wie die Pandemie könnten jederzeit zu schwerwiegenden Problemen für die nachgelagerte Produktion in Europa führen. Deshalb haben wir mit Blick auf China das neue Prinzip „Risiken mindern, nicht entkoppeln" entwickelt, das inzwischen von den EU-Mitgliedstaaten und G7-Patnern akzeptiert wird. Um kritische Rohstoffe zu sichern, zu verarbeiten und die Lieferketten europäischer Unternehmen zu diversifizieren, entwickeln wir neue Projekte in Europa und schließen strategische Partnerschaften mit rohstoffreichen Ländern wie Australien, Chile und Kanada.

Den sich ändernden geopolitischen Gegebenheiten entsprechend haben wir **Europas erste Strategie für wirtschaftliche Sicherheit** entwickelt. Diese Strategie enthält konkrete Maßnahmen, um unsere Widerstandsfähigkeit zu erhöhen und Risiken für unsere Wirtschaft zu verringern. Auch hier ist unser Ansatz pragmatisch: Wir fördern eigene Kapazitäten Europas in Schlüsselsektoren, beugen aktiv Abhängigkeiten vor und schließen Partnerschaften, die im gemeinsamen Interesse liegen. **Dadurch wird Europa stärker und sicherer**.

KEY ACHIEVEMENTS



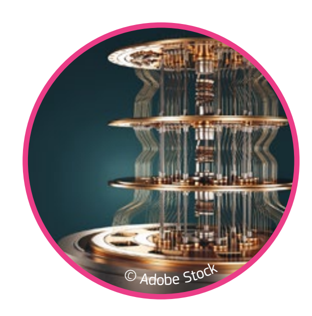
Die Kommission hat **Investitionen, Innovation und Kreativität** in der Wirtschaft gefördert. Mit Unterstützung unseres Programms InvestEU wollen wir **372 Mrd. EUR an privaten und öffentlichen Investitionen in unsere ökologischen, digitalen und sozialen Prioritäten mobilisieren**. Bis dato wurden **175 Projekte von InvestEU genehmigt und unterstützt.**



Im Februar 2024 haben die beiden gesetzgebenden Organe eine Einigung über die **umfassendste Reform** der Vorschriften für die **wirtschaftspolitische Steuerung** seit der Finanzkrise erzielt. Diese neuen Vorschriften werden dazu beitragen, die **öffentlichen Finanzen wieder auf Kurs zu bringen** und **genügend Spielraum für Investitionen** zu schaffen.



Entsprechend dem Industrieplan zum Grünen Deal nahm die Kommission einen **Befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels** an und genehmigte beinahe **13 Mrd. EUR** für staatliche Beihilfemaßnahmen zur **schnelleren Finanzierung von sauberen Technologien**.



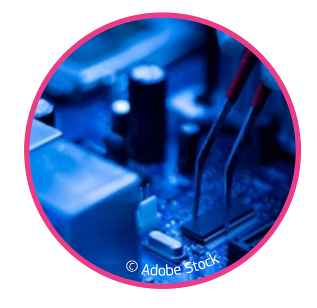
Im Juni 2023 haben die Kommission und der Hohe Vertreter die **erste europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit** vorgelegt, die sich auf **vier Risikokategorien** konzentriert: Risiken im Zusammenhang mit der Resilienz der Lieferketten, der Sicherheit kritischer Infrastruktur, der Technologiesicherheit und dem Abfluss von Technologie sowie der Ausnutzung wirtschaftlicher Abhängigkeiten oder wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen. Im Oktober 2023 hat die Kommission **vier kritische Bereiche für die wirtschaftliche Sicherheit identifiziert: hochmoderne Halbleitertechnologien, KI-Technologien, Quantentechnologien und Biotechnologien**.



Während dieser Amtszeit hat die Kommission mit der **EU-Taxonomie** eine gemeinsame Definition ökologisch nachhaltiger Wirtschaftstätigkeiten eingeführt. Seit 2021 deckt die EU-Taxonomie rund zwei Drittel der Treibhausgasemissionen in Europa ab. Im Schnitt sind **rund 20 % der Investitionsausgaben großer börsennotierter Unternehmen in der EU taxonomiekonform**.



Außerdem hat die Kommission einen Rechtsrahmen für einen **EU-Standard für grüne Anleihen** geschaffen. Die aus diesen Anleihen beschafften Mittel werden zu **100 % im Einklang mit den hohen Umweltstandards der EU-Taxonomie** stehen.



Durch die Einführung von Vorschriften für zuvor nicht regulierte Kryptowerte hat die Kommission weltweit Pionierarbeit geleistet. Dank der **Verordnung über Märkte für Kryptowerte** werden Kryptowerte und Anbieter von Kryptowert-Dienstleistungen reguliert und unter Aufsicht gestellt.



Während ihres Mandats hat die Kommission die **Verordnung über die digitale operationale Resilienz** im Finanzsektor vorgelegt, mit der die Cybersicherheit im europäischen Finanzsektor verbessert werden soll.



Die Kommission hat neue Vorschriften für Sofortzahlungen in Euro vorgeschlagen. Zudem haben wir die Grundsätze für einen künftigen **digitalen Euro** festgelegt, die im Februar 2024 angenommen wurden.



Die EU gehörte **weltweit zu den ersten**, die die richtungsweisende Steuervereinbarung der OECD umgesetzt haben. Die Kommission hat eine Richtlinie zur Festlegung eines **effektiven Mindeststeuersatzes von 15 % für in den EU-Mitgliedstaaten tätige multinationale Unternehmen** vorgelegt. Sie ist im Januar 2024 in Kraft getreten.



Die Kommission hat wichtige Initiativen zur Senkung der Befolgungskosten im Steuerbereich vorgeschlagen, u. a. **einen Rahmen für die Unternehmensbesteuerung (BEFIT)**. Mit BEFIT soll ein einheitliches Regelwerk für die Ermittlung der Steuerbemessungsgrundlage von Unternehmensgruppen eingeführt werden. Dadurch sollen die Befolgungskosten für Unternehmen, die in mehr als einem Mitgliedstaat tätig sind, gesenkt werden.



Die Kommission von der Leyen hat **die ehrgeizigste und umfassendste Reform der EU-Zollunion seit deren Gründung im Jahr 1968** vorgeschlagen. Damit sollen die Zollmeldepflichten für Wirtschaftsbeteiligte vereinfacht werden.

Eine soziale Marktwirtschaft, die den Menschen im Blick hat

Fundament der Wettbewerbsfähigkeit unserer sozialen Marktwirtschaft ist unser Humankapital – es geht um Kompetenzen und das Wohlergehen unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Seit Beginn des Mandats steht dies im Mittelpunkt unseres Handelns.

Wir haben den **Kompetenzpakt** auf den Weg gebracht, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Ausbildung zu ermöglichen, die sie für eine erfolgreiche Zukunft benötigen, und um dem hohen Bedarf der Unternehmen an qualifizierten Arbeitskräften zu entsprechen. Wir flankieren diesen Pakt mit **Investitionen in Höhe von 65 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt und NextGenerationEU**. Dies ist für unsere Bürgerinnen und Bürger wie auch unsere Unternehmen von größter Bedeutung, da zwei Drittel der KMU in Europa angeben, dass sie nicht die Fachkräfte finden, die sie benötigen.

Nikola arbeitet seit über zwölf Jahren in **Bulgarien** im Kohlebergbaukomplex Mariza Istok, einem der größten seiner Art in Südosteuropa. Nikola will sich **neue Kompetenzen für die Zukunft** aneignen. Deshalb macht er im Rahmen des **Europäischen Jahres der Kompetenzen** beim **Projekt RES-SKILL** mit, das Kohlebergleute im Bereich der **erneuerbaren Energien** umschult. Dank dieser neuen Qualifikationen ist er bereit für eine moderne, saubere Wirtschaft.


© Vihren Georgiev, 2023


© Adobe Stock

Unsere Wettbewerbsfähigkeit beruht aber auch darauf, dass die Menschen die Arbeitsbedingungen vorfinden, die es ihnen erlauben, sich in ihrer beruflichen Tätigkeit zu entfalten und sich auf ihre Arbeit zu konzentrieren. Die Kommission von der Leyen hat ihr Versprechen gehalten: Wir verfügen nun über einen EU-Rahmen für die **Bemessung von Mindestlöhnen**. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten ein Einkommen erhalten, das ihnen einen angemessenen Lebensunterhalt ermöglicht, unabhängig davon, wo sie arbeiten.

Neue Formen der Arbeit sind auch mit neuen Fragen verbunden, z. B. in Bezug auf den Zugang zu Arbeitnehmerrechten und Sozialschutz. Daher haben wir – wie zu Beginn des Mandats dieser Kommission zugesagt – Standards zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Beschäftigten in den wachsenden Plattform-Branchen vorgeschlagen. Im Jahr 2021 waren in der EU mehr als 500 digitale Plattformen tätig, die über 28 Millionen Menschen beschäftigten – die meisten von ihnen sind selbstständig tätig, einige auch angestellt.

Wir haben auch Regeln für die **Entgelttransparenz** festgesetzt, um das Grundprinzip zu verwirklichen, **dass gleiche Arbeit gleiches Entgelt verdient, egal ob Sie eine Frau oder ein Mann sind**. Und wir haben eine „**Garantie für Kinder**" eingeführt, damit sich alle bedürftigen Familien eine Kinderbetreuung leisten können. Mütter und Väter sollen eine Familie haben und zugleich durch Arbeit zum Lebensunterhalt beitragen können. Europa braucht alle Talente.

Wir haben es auch geschafft, ein lang gestecktes Ziel zu erreichen: **Wir wollten in Europa mehr Frauen in die Unternehmensvorstände bringen**. Mit der Annahme der – seit zehn Jahren blockierten – Richtlinie über Frauen in Aufsichtsräten hat unsere Union nun die Zielvorgabe verwirklicht, dass **40 % der nicht geschäftsführenden Direktorinnen und Direktoren sowie der Aufsichtsratsmitglieder börsennotierter Gesellschaften Frauen** sein sollen. Dies ist eine gute Nachricht für Frauen, da mit dieser Maßnahme die gläserne Decke durchbrochen wird. Und es ist eine gute Nachricht für unsere Wirtschaft, da Unternehmen, die die Vielfalt leben, erfolgreicher sind.

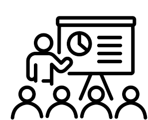

© Adobe Stock

Die Kommission hat während dieses Mandats neue Initiativen gegen Rassismus und Antisemitismus, aber auch für LGBTIQ-Personen, Menschen mit Behinderungen und Roma vorgelegt. Wir haben uns für eine bessere Union eingesetzt, in der sich Europäerinnen und Europäer aller Hautfarben, Glaubensrichtungen, jeden Alters, Geschlechts und jeder sexuellen Orientierung entfalten können.

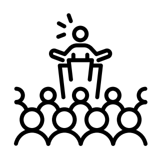


40 %
der nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitglieder
börsennotierter Gesellschaften
sollen **Frauen** sein.

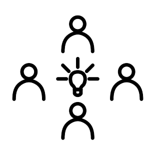
WICHTIGSTE ERFOLGE



Die Kommission hat einen Aktionsplan zur konkreten Umsetzung der **europäischen Säule sozialer Rechte** vorgelegt. Darin werden klare Zielvorgaben für 2030 gesetzt: eine **Beschäftigungsquote von 78 %**, die **Teilnahme von mindestens 60 % der Erwachsenen an einer Fortbildung pro Jahr** und die **Senkung der Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen um mindestens 15 Millionen**.



Ende Januar 2024 nahm Präsidentin von der Leyen gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern anderer EU-Institutionen und der Sozialpartner am **Gipfel der Sozialpartner von Val Duchesse** für einen stärkeren sozialen Dialog teil.



Um in der EU auch künftig Wohlstand und Wohlergehen zu gewährleisten, müssen wir die Herausforderungen des demografischen Wandels angehen. Die Kommission hat ein **Instrumentarium zur Bewältigung des demografischen Wandels** vorgelegt, das auf vier Aspekte ausgerichtet ist:
i) Unterstützung von Eltern, um Familie und bezahlte Arbeit besser in Einklang zu bringen,
ii) Unterstützung und Befähigung jüngerer Generationen,
iii) Stärkung der Handlungsfähigkeit älterer Generationen mit dem Ziel, ihr Wohlergehen zu erhalten, und iv) Behebung des Arbeitskräftemangels, bei Bedarf durch gesteuerte legale Migration.



Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen

WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die EU-Wirtschaft weist angesichts der aufeinanderfolgenden wirtschaftlichen Schocks der letzten Jahre nach wie vor **eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit** auf.

Starker wirtschaftlicher Aufschwung

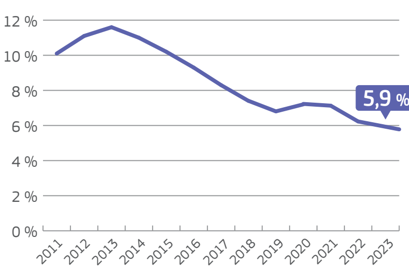
Im Zeitraum 2021 bis 2023 (*) legte die EU-Wirtschaft verglichen mit dem Stand von 2020 um **10 %** zu.

Expansion

Die wirtschaftliche Expansion wurde durch einen **robusten Arbeitsmarkt** mit rekordträchtig niedriger Arbeitslosigkeit und steigender Beschäftigung gestützt.

Arbeitslosigkeit

Gesamtarbeitslosenquote in der EU, saisonbereinigt.



Quelle: Eurostat.

(*) Dies beinhaltet vorläufige Daten für 2023.

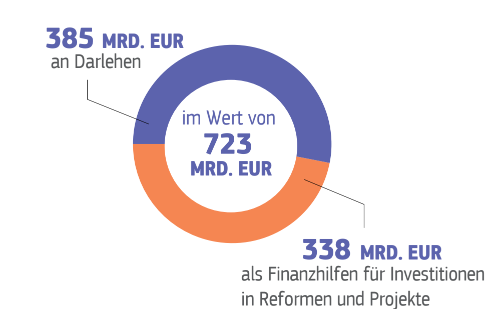
NEXTGENERATIONEU

NextGenerationEU ist mehr als nur eine Antwort auf die coronabedingten Herausforderungen: **Es ist die einmalige Gelegenheit, eine Wirtschaft aufzubauen, die allen Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen in der EU zugutekommt.**

Investitionen

Eine gemeinsame europäische Investition in Höhe von **mehr als 800 Mrd. EUR,** um Europa gesünder, grüner und digitaler zu machen.

Aufbau- und Resilienzfazilität



Auszahlung

Insgesamt wurden bereits **225 MRD. EUR** ausgezahlt, davon **67 MRD. EUR** an Vorfinanzierungen.

BIP

Allein die über NextGenerationEU finanzierten Investitionen dürften das BIP der EU im Jahr 2026 um **1,4 %** erhöhen. (**)

(**) Nicht berücksichtigt sind die erheblichen wachstumssteigernden Effekte von Reformen in den Aufbauplänen.

INVESTITIONEN IN **KOMPETENZEN**

Europäisches Jahr der Kompetenzen

Mit der Europäischen Kompetenzagenda investiert die EU massiv in **lebenslanges Lernen**, um die Kompetenzen der Menschen an den sich ständig wandelnden Arbeitsmarkt anzupassen.

Während des Europäischen Jahres der Kompetenzen fanden mehr als **2 000 Veranstaltungen** und Treffen rund um das Thema Kompetenzen statt.

Fonds

Die EU investiert rund **65 Mrd. EUR** in Kompetenzprogramme, vor allem über die Aufbau- und Resilienzfazilität und den Europäischen Sozialfonds Plus.

Kompetenzpakt

Zwei Millionen Menschen haben im Jahr 2022 von Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen im Rahmen des Kompetenzpakts profitiert.

15 500 Schulungsprogramme wurden im Jahr 2022 im Rahmen des Pakts neu aufgelegt oder entwickelt.


© Getty Images

BINNENMARKT

In den letzten drei Jahrzehnten haben wir einen leistungsfähigen Binnenmarkt, den **weltgrößten Binnenmarkt** mit einer starken sozialen Dimension geschaffen.

BIP

Es beläuft sich auf

15 % des globalen BIP.

Schätzungen zufolge hat er das BIP der EU um zusätzliche **9 %** gesteigert, seit er vor drei Jahrzehnten geschaffen wurde.

Größe

Er umfasst

440 Mio. Bürgerinnen und Bürger

23 Mio. Unternehmen





Damit auch die nächste Generation von Europäerinnen und Europäern sich entfalten kann, hat die Kommission eine Empfehlung zur Einführung einer **europäischen Garantie für Kinder** vorgelegt, damit gewährleistet ist, dass jedes von Armut bedrohte Kind seine grundlegenden Rechte wahrnehmen kann und Eltern nicht gezwungen sind, zwischen Arbeit und Familie zu wählen.

Mithilfe von **EU-Geldern** wurde im Industriegebiet Agios Athanasios in Zypern eine Kindertagesstätte eingerichtet, damit junge Eltern – insbesondere die Mütter – **arbeiten und zum Lebensunterhalt ihrer Familie beitragen können**, während sie ihre **Kinder** ganz in der Nähe ihres Arbeitsplatzes **in guten Händen** wissen.





Die Kommission hat auch das Programm zur **Jugendbeschäftigungsförderung** ins Leben gerufen, um der **nächsten Generation den Schritt ins Arbeitsleben zu erleichtern**. Im Mittelpunkt dieser Initiative steht die **Stärkung der Jugendgarantie**. Mit dieser Garantie soll sichergestellt werden, dass **jungen Menschen unter 30 Jahren** innerhalb von 4 Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder die Schule verlassen haben, ein Arbeitsplatz, eine Fortbildung, ein Praktikum oder ein Ausbildungsplatz angeboten wird.

Seit November 2022 gelten neue Vorschriften **für die Bemessung angemessener Mindestlöhne in Ländern mit gesetzlichem Mindestlohn**, die klare Kriterien für die Lohnfestsetzung und - anpassung vorgeben. Die Vorschriften sollen auch **mehr Tarifverhandlungen** sowie eine bessere Durchsetzung und Überwachung fördern.

Außerdem hat die Kommission richtungsweisende Vorschriften zur **Entgelttransparenz** eingeführt, die zum **Abbau des Lohngefälles zwischen Frauen und Männern** beitragen werden. Diese Vorschriften sollen **dem Grundprinzip des gleichen Entgelts für gleiche Arbeit** Geltung verschaffen und den **Zugang der Opfer von Entgeltdiskriminierung zur Justiz verbessern**.

Während dieses Mandats haben sich die gesetzgebenden Organe auch auf neue Vorschriften geeinigt, **mit denen physische Gewalt, aber auch psychische, wirtschaftliche und sexuelle Gewalt gegen Frauen EU-weit unter Strafe gestellt werden**.

Mit Blick auf einen besseren Arbeitsschutz hat die Kommission einen **Strategischen Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2021-2027** vorgelegt.

Wir haben mehrere Vorschläge vorgelegt, um die Risiken zu begrenzen, denen Arbeitnehmer durch die Exposition gegenüber gefährlichen Stoffen wie Asbest, Blei, Diisocyanaten und anderen **krebserregenden erbgutverändernden oder fortpflanzungsgefährdenden Stoffen** ausgesetzt sind.

Die **Slowakei und die Stadt Košice haben einen Plan zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit** vorgelegt. Zwischen 2021 und 2023 haben so **37 Familien** nach langer Zeit der Obdachlosigkeit eine Unterkunft in Košice gefunden. Mit **Unterstützung aus dem Europäischen Sozialfonds** hatten lokale Nichtregierungsorganisationen unter der Federführung der Stiftung DEDO den Familien dabei geholfen, eine langfristige Bleibe zu finden.


© Nadácia Dedo, 2021

Außerdem hat die Kommission ein **neues ganzheitliches Konzept für die psychische Gesundheit** vorgeschlagen, in dessen Mittelpunkt die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen wie Kinder, Jugendliche und ältere Menschen stehen. Der Plan umfasst **20 Leitinitiativen** und sieht **1,23 Mrd. EUR an Finanzmitteln** unter anderem für Bildung und Sensibilisierung vor.

Die Kommission hat das Fundament für eine **Union der Gleichheit** gelegt. Zusammen mit der Gleichstellungsstrategie haben wir den ersten **Aktionsplan gegen Rassismus** und die erste **EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus** und zur **Förderung jüdischen Lebens** eingeführt. Außerdem hat die Kommission die allererste **LGBTIQ-Strategie** angenommen. Im Oktober 2020 haben wir den Rahmen zur Unterstützung der **Roma** in der EU gestärkt.



Im März 2021 haben wir die **Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030** angenommen. Die gesetzgebenden Organe haben sich bereits über den Vorschlag der Kommission für einen **Europäischen Behindertenausweis** und einen **Europäischen Parkausweis für Menschen mit Behinderungen** geeinigt.

Gegen irreguläre Migration vorgehen

Europa ist ein Kontinent, dessen Geschichte von vielen Menschen geprägt wurde. Wir werden immer unserer Verpflichtung nachkommen und Menschen, die internationalen Schutz suchen, Sicherheit zu bieten. Und wir sind stolz darauf, dass wir legale Migrationswege ermöglichen, die auch unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft Vorteile bieten. In früheren Krisen, als eine beispiellose Zahl von Geflüchteten und irregulären Migranten in die EU kam, zeigte sich aber, dass Europa nicht über die richtigen Instrumente verfügte, um dem Druck standzuhalten.

Zu Beginn des Mandats dieser Kommission haben wir daher zugesagt, ein **gemeinsames System für ein besseres Migrationsmanagement in der EU** einzuführen. Deshalb haben wir das **Migrations- und Asylpaket** vorgeschlagen.

Nach komplexen Verhandlungen über politische und rechtliche Fragen haben die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament eine Einigung über dieses umfassende Regelwerk erzielt und Europa in einem Bereich, in dem wir seit Jahrzehnten nur Blockaden und Stagnation erlebt hatten, einen **Neustart** ermöglicht.

Dank der neuen Vorschriften werden wir die **Kontrolle über unsere Außengrenzen besser sicherstellen** können. **Wir machen die Asyl-, Rückkehr- und Grenzverfahren schneller und wirksamer, mit strikteren Fristen und strengeren Vorschriften**, um die Zahl der missbräuchlichen Anträge oder Folgeanträge zu begrenzen, aber auch mit den notwendigen Garantien für den Einzelnen. Diejenigen, die kein Bleiberecht haben, können künftig rascher zurückgeschickt werden.

Griechenland ist Wegbereiter bei einem aus NextGenerationEU finanzierten **Integrationsprojekt**, bei dem **Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten** – darunter auch Menschen mit Behinderungen – in **Brand- und Erdbebenschutz geschult werden**. Das Projekt bringt Einheimische sowie Migrantinnen und Migranten näher zusammen, um gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen.

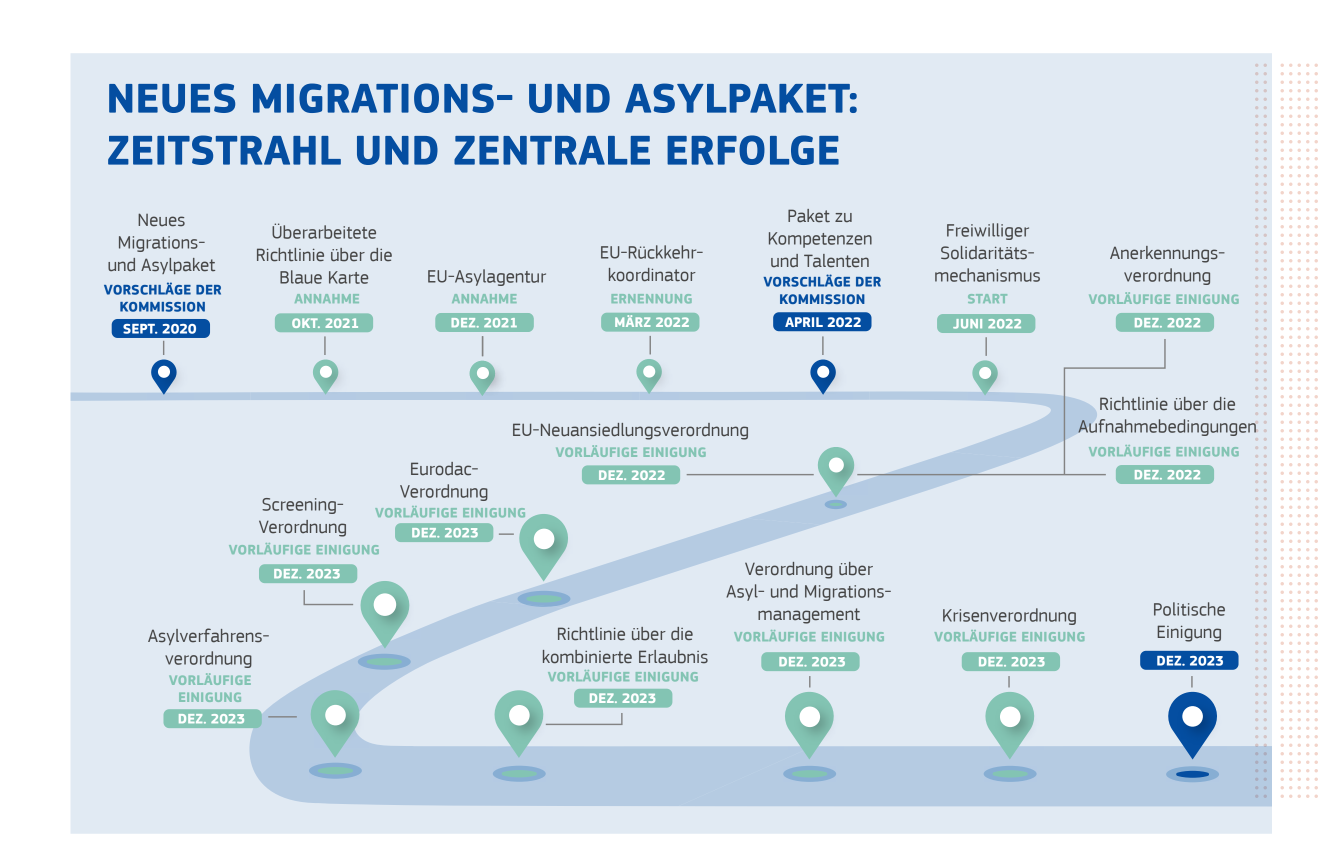

© Ministerium für Migration und Asyl, Hellenische Republik

Und wir haben jetzt klarere Vorschriften über die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, mit **besseren Maßnahmen zur Begrenzung der Sekundärmigration**.

Die Mitgliedstaaten werden einander mithilfe eines flexiblen und dauerhaften Solidaritätsmechanismus unterstützen. Jeder Mitgliedstaat wird wählen können, welche Art von Solidarität er anbieten möchte. Unsere Union ist jetzt besser dafür gerüstet, Migration zu steuern.

Neben der Arbeit an wirksameren Rechtsvorschriften hat die Kommission die Mitgliedstaaten während des gesamten Mandats auch operativ unterstützt, wenn es galt, **unmittelbare Herausforderungen** zu bewältigen – von der gestiegenen Zahl der Neuankömmlinge im Mittelmeerraum bis zur Instrumentalisierung von Migrantinnen und Migranten durch Belarus. Und wir haben **Partnerschaften mit Drittländern** aufgebaut, um Schleuserkriminalität zu bekämpfen und die Zahl der Rückführungen zu erhöhen.

Die umfassende Partnerschaft, die wir beispielsweise mit **Tunesien** geschlossen haben, bringt über die Migration hinaus beiderseitige Vorteile mit sich – von Energie und Bildung bis hin zu Kompetenzen und Sicherheit. Sie ist die Blaupause für weitere Abkommen, die mit Partnerländern unterzeichnet werden sollen, um die Zusammenarbeit zu fördern und das Migrationsmanagement zu verbessern.



WICHTIGSTE ERFOLGE



Das von der Kommission vorgelegte neue Migrations- und Asylpaket bietet starke Vorschriften, die eine langfristige, nachhaltige Lösung für den **Aufbau eines gemeinsamen EU-Systems des Migrationsmanagements** möglich machen. Die neuen Vorschriften werden ein **robustes und gerechtes Asyl- und Migrationsmanagement** gewährleisten.

Zentrale Elemente des Pakets sind die gerechte Aufteilung von **Verantwortung** und **Solidarität**.



Mit den neuen Vorschriften werden die **Kriterien für die Gewährung internationalen Schutzes sowie die Rechte und Pflichten von Geflüchteten präzisiert und strengere Sanktionen bei unerlaubten Migrationsbewegungen innerhalb der EU eingeführt**.



Unbegleitete Minderjährige erhalten sofortige Unterstützung, und die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Asylsuchenden mit begründeten Anträgen das **Recht auf Arbeit** gewährt wird.



Um die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu wahren, hat die Europäische Kommission Maßnahmen zur **Anwerbung qualifizierter Fachkräfte** vorgeschlagen, die in unserer Wirtschaft und Gesellschaft dringend benötigt werden.

Die **Richtlinie über die Blaue Karte** bietet hoch qualifizierten Fachkräften aus Drittländern die Möglichkeit beschleunigter Zulassungsverfahren, um in die EU zu kommen und zu deren Wettbewerbsfähigkeit beizutragen.

Die neuen Bestimmungen der **Richtlinie über eine kombinierte Erlaubnis** sehen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Drittstaaten ein gemeinsames Bündel von Rechten in Bezug auf Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit, die Anerkennung von Qualifikationen und Steuervergünstigungen vor.



Die Kommission hat innovative **Fachkräftepartnerschaften** mit wichtigen Partnerländern wie Marokko, Tunesien, Ägypten, Bangladesch und Pakistan geschlossen. Diese Partnerschaften bieten Menschen aus diesen Ländern die Möglichkeit, in der EU zu arbeiten, zu studieren oder eine Ausbildung zu absolvieren und so neue Fachkompetenzen zu erwerben, die später auch ihrem Herkunftsland zugutekommen.



Während ihres Mandats hat die Kommission **vier Aktionspläne** für die wichtigsten Migrationsrouten vorgelegt: das **zentrale Mittelmeer, den Westbalkan, das westliche Mittelmeer und den Atlantik sowie das östliche Mittelmeer**. Als in Italien im Sommer 2023 die irregulären Einreisen massiv anstiegen, legte Präsidentin **von der Leyen** ihren **10-Punkte-Plan für Lampedusa** vor.



Die Aktionspläne haben konkrete Ergebnisse gebracht: Im Westbalkan ist die Zahl der Neuankömmlinge im Jahr 2023 **gegenüber 2022 um 31 % zurückgegangen**.



Die Kommission hat die **Mitgliedstaaten** auch **finanziell unterstützt**. Aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (2019-2023) wurden rund 6 Mrd. EUR zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Steuerung der Migration ausgezahlt, aus dem Fonds für die innere Sicherheit – Grenzen und Visa (2019-2020) wurden 3 Mrd. EUR für das Grenzmanagement und aus dem Fonds für die innere Sicherheit – Polizei (2019-2020) 1 Mrd. EUR für die Stärkung der Sicherheit bereitgestellt.



Bei einer internationalen Konferenz in Brüssel mit Ländern aus der ganzen Welt rief die Kommission zur Gründung einer **globalen Allianz zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität** auf. Gleichzeitig haben wir **neue Rechtsvorschriften zur Prävention und Bekämpfung der Schleuserkriminalität** vorgeschlagen, um den 20 Jahre alten Rechtsrahmen zu aktualisieren und Mindestvorschriften zur Bekämpfung der Beihilfe zur unerlaubten Ein- und Durchreise und zum unerlaubten Aufenthalt in der EU einzuführen.

Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Zu Mandatsbeginn verpflichtete sich die Kommission von der Leyen, **der Rechtsstaatlichkeit Vorrang einzuräumen und der europäischen Demokratie neuen Schwung zu verleihen**. Viele Ereignisse innerhalb und außerhalb unserer Union haben uns gezeigt, dass wir damit richtig lagen: **Wir können Demokratie nicht als selbstverständlich betrachten**. Wir müssen jeden Tag aufs Neue um sie kämpfen. Diese Kommission hat neue Regeln und Konzepte erarbeitet zur Verteidigung und Stärkung der Demokratie, zum Vorgehen gegen ausländische Einflussnahme, zur Bekämpfung von Desinformation sowie zum Schutz von Freiheit und Pluralismus der Medien und der Sicherheit von Journalisten.

Und wir haben beispiellose Maßnahmen ergriffen, damit die Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten gewahrt wird. Wir haben einen **jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit** mit maßgeschneiderten Empfehlungen für jeden Mitgliedstaat zur Verhinderung von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit und zu ihrer weiteren Stärkung eingeführt. Wenn Dialog nicht ausgereicht hat, haben wir alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente einschließlich des **Vertragsverletzungsverfahrens und des Konditionalitätsmechanismus für den Haushalt** genutzt. Der Mechanismus ermöglicht die Aussetzung von Zahlungen aus dem EU-Haushalt, wenn die Rechtsstaatlichkeit in einem Mitgliedstaat nicht gewahrt wird. Auf Antrag der Kommission wurde der Mechanismus im Falle **Ungarns** aktiviert.

Wir sind die Herausforderungen für die Rechtsstaatlichkeit entschlossen angegangen, um unsere europäische Demokratie und unsere freien und offenen Gesellschaften zu schützen.

WICHTIGSTE ERFOLGE



Mit dem **Aktionsplan für Demokratie in Europa** hat die Kommission konkrete Maßnahmen zur Förderung freier und fairer Wahlen, zur Stärkung der Medienfreiheit und zur Bekämpfung von Desinformation ergriffen.

Die Kommission hat neue Vorschriften für **politische Werbung**, Wahlrecht und Parteienfinanzierung festgelegt. Nach deren Inkrafttreten **muss politische Werbung als solche gekennzeichnet werden und einen klaren Hinweis darauf enthalten, wer sie bezahlt hat**.



Im **europäischen Medienfreiheitsgesetz** hat die Kommission zum ersten Mal ein Paket gemeinsamer Garantien zum Schutz der Medienfreiheit und des Pluralismus in Europa vorgelegt; dazu gehören auch der Schutz der redaktionellen Unabhängigkeit und des Medienpluralismus sowie der unabhängigen Funktionsweise öffentlich-rechtlicher Mediendiensteanbieter.





Vertragsverletzungsverfahren sind ein zentrales Instrument zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit, und dank des **neuen Konditionalitätsmechanismus** hat die EU nun auch die Möglichkeit, **bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit EU-Finanzmittel zurückzuhalten**.

Um die Risiken von **Korruption** wirksam zu bekämpfen, hat die Kommission im Mai 2023 ein Paket von **Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen** angenommen, das Vorschriften enthält, mit denen Korruptionsdelikte unter Strafe gestellt und die Strafen in der gesamten EU harmonisiert werden. Und wir beobachten nun die Entwicklungen, die für die Korruptionsbekämpfung relevant sind, im jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit.





Zum ersten Mal hat die Kommission gemeinsame Garantien zum **Schutz der Medienfreiheit und des Pluralismus in Europa** vorgelegt und Vorschriften zum **Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern vor strategischen Klagen gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP-Klagen)** eingeführt.

Die Kommission schlug die Einrichtung eines **Ethikgremiums für alle EU-Organe** vor, das gemeinsame Ethikstandards für alle EU-Institutionen festlegen und eine regelmäßige Koordinierung untereinander sicherstellen soll.



Wir haben das Kooperations- und Kontrollverfahren abgeschlossen, das mit dem Beitritt **Bulgariens und Rumäniens** als Übergangsmaßnahme eingeführt worden war, um die Fortschritte bei der Justizreform und der Bekämpfung von Korruption zu unterstützen. Angesichts der bemerkenswerten Fortschritte der beiden Mitgliedstaaten war es nur gerecht, das Verfahren abzuschließen.





Um die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, hat die Kommission maßgeblich zur **Konferenz zur Zukunft Europas** beigetragen. Mehr als fünf Millionen einzelne Nutzerinnen und Nutzer haben die digitale Plattform der Konferenz besucht. Über 700 000 Menschen nahmen an Veranstaltungen in der gesamten Union teil.

Bei der Abschlussveranstaltung der Konferenz am 9. Mai 2022 präsentierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Bericht mit **49 Vorschlägen** zu Themen wie Sicherheit, digitaler Wandel, Bildung, Kultur, Jugend, Sport und vielen anderen.

Die Kommission ist beinahe zu 95 % der von der Konferenz zur Zukunft Europas vorgeschlagenen Maßnahmen tätig geworden, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen. Die Ergebnisse der Konferenz sind in die Jahresarbeitsprogramme 2023 und 2024 der Kommission eingeflossen.





Außerdem hat die Kommission das **Portal „Ihre Meinung zählt“** zu einer zentralen Anlaufstelle ausgebaut, über die Bürgerinnen und Bürger Zugriff auf alle Beteiligungsinstrumente erhalten.

Wir haben entscheidende Fortschritte bei wichtigen Gesetzgebungsdossiers erzielt und **mehr als 840 Vorschläge vorgelegt**. Dank der wirksamen Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union wurde bei **fast 75 % aller von dieser Kommission verwalteten Legislativvorschläge eine Einigung erzielt**.



Ein stärkeres und mutigeres Europa in der Welt

In den vergangenen Jahren hat die Kommission von der Leyen viele Male gezeigt, dass auch große Herausforderungen durch enge **Zusammenarbeit mit Freunden und Partnern** bewältigt werden können. Die Fähigkeit der EU, weltweit starke Allianzen zu schmieden, hat dazu beigetragen, das globale Gewicht Europas zu stärken.

Der allererste Staatsbesuch des derzeitigen Kollegiums der Kommissionsmitglieder führte nach Afrika. Die Arbeit der Kommission von der Leyen hat auch die **Beziehungen zu den Vereinigten Staaten auf ein neues Niveau** gehoben, durch enge Zusammenarbeit bei der Unterstützung der Ukraine oder in den Bereichen Energie, Klimaschutz, Handel und Technologie.

Sie hat auch entscheidend beigetragen, die Beziehungen der EU zum **Vereinigten Königreich** nach dem Brexit neu zu gestalten. Wir haben den **Windsor-Rahmen** ausgehandelt, mit dem eine unserer wichtigsten Partnerschaften in Europa wieder auf einen positiven Kurs gebracht wurde.

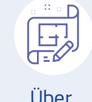
Außerdem haben wir mit **Global Gateway**, dem größten globalen Investitionsprogramm Europas aller Zeiten, eine neue Generation von Partnerschaften entwickelt. Mit einem Volumen von **300 Mrd. EUR** ist Global Gateway unser Angebot für hochwertige Investitions- und Infrastrukturprojekte, **die mit hohen Umwelt- und Sozialstandards Arbeitsplätze und Wachstum vor Ort schaffen**.



Europas größtes globales Investitionsprogramm aller Zeiten



Wert:
300 Mrd. EUR



Über
200 Leuchtturmprojekte
wurden ausgewählt

Bei Global Gateway geht es darum, **für alle Beteiligten vorteilhafte Partnerschaften** aufzubauen, wobei sowohl unsere Partner als auch die Interessen der EU in einer geopolitischen Perspektive gesehen werden.

Und das hat bereits zu Ergebnissen geführt. **Mehr als 200 Leuchtturmprojekte** wurden mit Investitionen in Höhe von 66 Milliarden Euro unterstützt, von strategischen Rohstoffpartnerschaften mit Namibia, Chile und Argentinien über die Zusammenarbeit bei erneuerbarem Wasserstoff mit Marokko und Ägypten bis hin zu einem System digitaler Unterseekabel namens Medusa, das die EU mit nordafrikanischen Ländern verbindet. Viele weitere Projekte werden noch folgen.

Global Gateway unterstützt das ehrgeizige **Projekt des Lobito-Korridors**. Der Korridor soll den südlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo, den Nordwesten Sambias und den Hafen von Lobito in Angola verbinden. Dies wird **den Zugang der Demokratischen Republik Kongo und Sambias zu den Welthandelsmärkten verbessern**, indem der Warenverkehr und die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger verbessert werden.



Global Gateway, das im Rahmen eines „Team-Europa"-Ansatzes – bei dem die EU-Organe und die EU-Mitgliedstaaten zusammenarbeiten – umgesetzt wird, unterstützt nicht nur den sauberen und digitalen Wandel weltweit, sondern erhöht auch das Gewicht der EU auf der Weltbühne.

Europa festigt seinen Ruf als fairer langfristiger Partner, dem es um Vorteile für beide Seiten geht.

GLOBAL GATEWAY: 5 INVESTITIONSPRIORITÄTEN



DIGITALES

Die EU unterstützt ein offenes und sicheres Internet



KLIMA UND ENERGIE

Die EU fördert Investitionen und Vorschriften, die den Weg für die Energiewende ebnen



VERKEHR

Die EU fördert alle umweltfreundlichen, intelligenten und sicheren Verkehrsträger



GESUNDHEIT

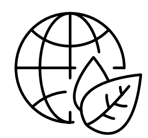
Die EU trägt dazu bei, die Lieferketten und die lokale Impfstoffproduktion zu stärken



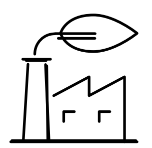
BILDUNG UND FORSCHUNG

Die EU investiert in hochwertige Bildung, mit einem besonderen Schwerpunkt auf Mädchen und Frauen sowie auf schutzbedürftigen Gruppen

WICHTIGSTE ERFOLGE



Die Kommission von der Leyen hat ihre **weltweite Führungsrolle beim Klimaschutz** mit dem europäischen **Grünen Deal** gefestigt und setzt ihre intensiven Bemühungen fort, um sicherzustellen, dass unsere Partner in der ganzen Welt den **Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen** nachkommen.



Wir haben **grüne Allianzen und Partnerschaften** mit engen Partnern wie Kanada, Japan, Marokko, Norwegen und der Republik Korea geschlossen; mit Südafrika, Senegal, Indonesien und Vietnam haben wir **Partnerschaften für eine gerechte Energiewende** ins Leben gerufen, um sie beim Übergang hin zu sauberen Technologien zu unterstützen.



Die Kommission von der Leyen hat darauf gedrängt, **unsere europäische Familie zu vervollständigen**. Im Dezember 2023 gab der Europäische Rat grünes Licht für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldau. Bereits im Jahr 2022 hatten wir Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien aufgenommen; **Bosnien und Herzegowina sowie Georgien wurde der Status eines EU-Beitrittskandidaten zuerkannt**.



Zusätzlich wird der **Wachstumsplan der Kommission für den Westbalkan** mit einem Umfang von 6 Mrd. EUR einige der **Vorteile einer Mitgliedschaft bereits vor dem Beitritt in die Region bringen und das Wirtschaftswachstum** im westlichen Balkan **ankurbeln**.

Die Kommission hat die **Beziehungen zwischen der EU und den USA** nach einer von Unstimmigkeiten geprägten Zeit wieder auf Kurs gebracht. Wir haben 2021 **den EU-US Handels- und Technologierat (TTC)** eingerichtet, der mittlerweile ein privilegiertes Forum für den bilateralen Austausch ist. Den **Energierat und Energiedialog EU-US** haben wir vorangebracht und eine neue Taskforce zur Sicherheit der Energieversorgung eingerichtet. Außerdem haben wir unser **gemeinsames Engagement für die Unterstützung der Ukraine** bei ihrer Abwehr der Aggression Russlands eng miteinander abgestimmt.



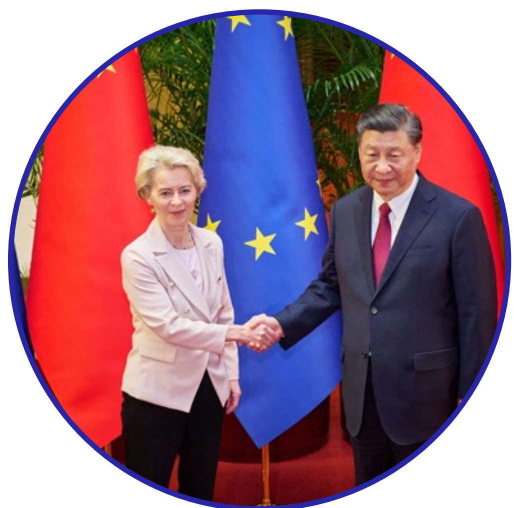


Nach den **brutalen Terroranschlägen der Hamas gegen Israel** haben wir die Hamas aufs Schärfste verurteilt. Nachdrücklich unterstützen wir das Recht Israels auf Selbstverteidigung und haben wiederholt betont, dass diese unter Einhaltung des Völkerrechts und des internationalen Völkerrechts und unter **Gewährleistung des Schutzes der Zivilbevölkerung** erfolgen muss.

Angesichts der Verschärfung des Konflikts haben wir schnell humanitäre Hilfe für die palästinensiche Bevölkerung im Gazastreifen bereitgestellt. Im Oktober 2023 haben wir die **Nothilfe für die Palästinenserinnen und Palästinenser vervierfacht, auch durch eine spezielle humanitäre Luftbrücke**.

Mit mehr als **40 Flügen** haben wir seither über **1 700 Tonnen** humanitäre Hilfsgüter geliefert, darunter medizinische Ausstattung, Notunterkünfte, Nahrungsmittel, Logistikmaterial und Busse.

Wir arbeiten nach wie vor uneingeschränkt mit regionalen und internationalen Partnern zusammen, um die Eskalation des Konflikts zu verhindern und eine dauerhafte Lösung auf der Grundlage einer Zweistaatenregelung herbeizuführen.





Dank einer Rekordzahl von Handelsabkommen (42 Präferenzabkommen mit 74 Ländern) **ist der Handel stabil geblieben**. Während dieses Mandats hat die Kommission **fünf moderne Handelsverhandlungen zum Abschluss gebracht**: Drei Freihandelsabkommen der neuen Generation mit **Neuseeland, Chile und Kenia** spiegeln unsere Strategie für Handel und nachhaltige Entwicklung durch hohe Umweltschutz- und Sozialstandards wider. Außerdem haben wir unser erstes Abkommen zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen mit **Angola** und ein Datenabkommen mit **Japan** geschlossen.

Die Kommission hat eine **neue Strategie für ihre Beziehung zu China** entwickelt, die auf Risikominderung statt Entkopplung setzt. Wir haben die Kommunikationswege offengehalten und arbeiten zusammen an der Bewältigung von Herausforderungen wie dem Klimawandel. Immer wieder haben wir auf die sich verschlechternde **Menschenrechtslage** hingewiesen. Und wir haben Maßnahmen ergriffen, um Sicherheitsprobleme – beispielsweise in Bezug auf 5G, ausländische Direktinvestitionen oder Ausfuhrkontrollen – zu lösen oder um wirtschaftlichen Verzerrungen entgegenzuwirken oder Zwangsmaßnahmen zu verhindern.



Zusammenarbeiten als Union

Seit Beginn des Mandats hat diese Kommission Tag für Tag daran gearbeitet, Europa stärker zu machen. In der EU haben wir gemeinsam beispiellose Krisen überstanden.

Auf der Weltbühne hat unser Team-Europa-Ansatz es der Europäischen Union ermöglicht, strategischer, selbstbewusster und geeinter aufzutreten.

In dieses Mandat fiel die Geburtsstunde einer echten geopolitischen Union – einer Union, die die Ukraine unterstützt, der Aggression Russlands standhält, die regelbasierte Ordnung fördert und in Partnerschaften investiert.

Wir haben versprochen, mutig und ambitioniert zu sein. Wir haben Kurs gehalten und geliefert.





Print	ISBN 978-92-68-12914-2	doi:10.2775/317585	NA-05-24-113-DE-C
PDF	ISBN 978-92-68-12888-6	doi:10.2775/949580	NA-05-24-113-DE-N